



# Wortprotokoll

Der 270. Sitzung vom 7. Oktober 1988

## Resoconto integrale

della seduta n. 270 del 7 ottobre 1988

IX. Legislatur  
IX. Legislatura  
1983 - 1988



CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO  
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 270. SITZUNG  
7.10.1988

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 209/88: "Cessione in proprietà degli alloggi dell'istituto per l'edilizia abitativa agevolata" . . . . . pag. 4

Corte Costituzionale: Impugnazione della legge 23.8.1988, n. 400: "Disciplina dell'attività di Governo e ordinamento della Presidenza del Consiglio dei Ministri" - Conferimento di incarico al Prof. Adv. Roland Riz e Prof. Adv. Sergio Panunzio. . . . . pag. 35

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 209/88: "Abtretung ins Eigentum der Wohnungen des Institutes für den geförderten Wohnbau". . . . .Seite 4

Verfassungsgerichtshof -Anfechtung des Staatsgesetzes Nr. 400 vom 23.8.1988: "Regelung der Regierungstätigkeit und Ordnung des Ministerratspräsidiums" - Auftragserteilung an Prof. Adv. Roland Riz und Prof. Adv. Sergio Panunzio . . . . . Seite 35

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.09 UHR  
(Appello nominale - Namensaufruf)

**PRESIDENTE:** La seduta é aperta.  
Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

**BERTOLINI (Sekretär - SVP):** (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)

**PRESIDENTE:** Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale é approvato.

Sono assenti giustificati i consiglieri D'Ambrosio, Hosp, Langer, Magnago, Meraner e Pahl.

La parola al consigliere Frasnelli sull'ordine dei lavori.

**FRASNELLI (SVP):** Werter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Sie werden sich erinnern, daß anläßlich verschiedener Sitzungen der Fraktionsführer meinerseits und namens der SVP-Fraktion zum Ausdruck gebracht worden ist, daß jene Priorität, die im Auftrag der Landesregierung - ich glaube im Juni dieses Jahres - Landesrat Bolognini zum Ausdruck gebracht hat, daß in erster Linie das sogenannte "Wohnbaupaket", das ex verifera an vorderster Stelle genannt worden war, zu behandeln sei.

Im Sinn dieser allgemeinen Orientierung, wo es einmal ein bißchen mehr ein Ja seitens der Fraktionsführer und dann zwischendurch auch eine Gegenbemerkung gegeben hat, möchte ich nunmehr gemäß Art. 102 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages das Vorziehen des Tagesordnungspunktes 55, Landesgesetzentwurf Nr. 209/88: "Abtretung ins Eigentum der Wohnung des Institutes für den geförderten Wohnbau" vorschlagen und um Abstimmung gemäß der genannten Bestimmungen ersuchen. Danke, Herr Präsident!

**PRESIDENTE:** Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 19, maggioranza richiesta 13, sí 16, no 2, 1 scheda bianca. L'anticipazione é approvata.

Punto 55) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 209/88: "Cessione in proprietà degli alloggi dell'Istituto per l'edilizia abitativa agevolata".

Punkt 55 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 209/88: "Abtretung ins Eigentum der Wohnungen des Institutes für den geförderten Wohnbau".

La parola all'assessore Benedikter per la lettura della relazione accompagnatoria.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP):  
Im Koalitionsabkommen für die IX. Gesetzgebungsperiode des Südtiroler Landtages haben die Parteien, welche die Südtiroler Landesregierung bilden, vereinbart, im Laufe der Legislaturperiode dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die Abtretung ins Eigentum eines Teiles der Wohnungen des Institutes für den geförderten Wohnbau geregelt werden sollte.

Neben den bereits bestehenden Formen der Förderung des Wohnungseigentums sollte die Abtretung der Institutswohnungen eine weitere Maßnahme zur Bildung von Wohnungseigentum darstellen. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen für die Abtretung ins Eigentum der Institutswohnungen sollten grundsätzlich denen der Kleinsparerförderung entsprechen. Gleichzeitig sollte sichergestellt werden, daß die institutionelle Funktion des Institutes für den geförderten Wohnbau, Mietwohnungen für die einkommensschwächeren Familien zur Verfügung zu stellen, nicht beeinträchtigt werden durfte.

Zu den einzelnen Artikeln wird folgendes ausgeführt:

Zu Art. 1: Das Institut darf maximal 30% des eigenen Wohnungsbestandes an seine Mieter ins Eigentum abtreten. Die abzutretenden Wohnungen müssen ein Mindestalter von 10 Jahren haben. Aufgrund des neuen Landesgesetzes können auch jene ex-INCIS Wohnungen ins Eigentum abgetreten werden, die ursprünglich als Dienstwohnungen zugewiesen worden waren und daher sowohl auf Grund des früher geltenden Staatsgesetzes (D.P.R. vom 17. Jänner 1959, Nr. 2), als auch auf Grund des Landesgesetzes vom 20. April 1963, Nr. 3, von der Abtretung ins Eigentum ausgeschlossen waren.

Der Abtretungspreis besteht in dem gemäß Art. 7 des Landesgesetzes vom 3. Jänner 1978, Nr. 1, in geltender Fassung, berechneten Konventionalwert der Wohnung, wobei die Berichtigungskoeffizienten laut Art. 18 (Lage), Art. 19 (Stockwerk), Art. 20 (Alter) und Art. 21 (Erhaltungszustand), laut Gesetz vom 27. Juli 1987, Nr. 392, zur Anwendung kommen.

Zu dem so berechneten Preis der Wohnung werden 15% der gesetzlichen Baukosten der Wohnung als Kostenanteil für den Baugrund dazugerechnet, das sind derzeit 164.100 Lire für jeden Quadratmeter Wohnfläche. Der Preis je Quadratmeter Wohnfläche einschließlich des Anteils für den Baugrund wird schließlich um 20% reduziert.

Damit ein Mieter um die Abtretung ins Eigentum der von ihm besetzten Wohnung ansuchen kann, muß er die allgemeinen Voraussetzungen erfüllen, um

zu den Wohnbauförderungen des Landes für den Bau oder Kauf von Wohnungen zugelassen werden zu können. Es darf also gegen ihn keiner der im Art. 2 des Kleinsparergesetzes angegebenen Ausschlußgründe vorliegen.

Eine Ausnahme von dieser Bestimmung ist für jene Familien vorgesehen, gegen die das Kündigungsverfahren betrieben wird, weil sie die vom Gesetz vorgesehenen Einkommensgrenzen überschreiten, um weiterhin eine Institutswohnung zu besetzen. Nur wenn für ein bestimmtes Wohngebäude die Abtretung ins Eigentum zuerst vom Wohnbaukomitee beschlossen wird, können also die laufenden Kündigungsverfahren aufgehoben werden.

Zu Art. 2: Von der Abtretung ins Eigentum sind alle Wohnungen im Bereich des Durchführungsplanes für die Erweiterungszone "Samirurali" in der Gemeinde Bozen ausgeschlossen.

Um festzustellen, welche Wohnungen ins Eigentum abgetreten werden sollen, führt das Institut zunächst eine diesbezügliche Erhebung durch. Mit dieser Erhebung soll das Institut erkunden, für welche Gebäude die Gesamtheit der Mieter die Abtretung wünscht und für welche zumindest die Mehrheit der Mieter die Abtretung wünscht. Nur solche Gebäudekomplexe kommen für die Abtretung in Frage. Sollte sich keine Mehrheit finden, wird das Gebäude nicht abgetreten.

Die neue Abtretungsregelung gilt nicht nur für die Wohnungen, die Eigentum des Institutes sind, sondern auch für die landeseigenen Wohnungen, die vom Institut verwaltet werden.

Zu Art. 3: Am Beginn des Abtretungsverfahrens steht ein Beschluß des Wohnbaukomitees, mit dem die Anzahl der in jedem Jahr abzutretenden Wohnungen festgesetzt wird. Dies ist deshalb notwendig, weil die kaufwilligen Mieter für den Kauf der Wohnungen die geförderten Darlehen des Landes in Anspruch nehmen können. Daher muß die Anzahl der abzutretenden Wohnungen so festgesetzt werden, daß nicht mehr Darlehen beansprucht werden, als im Einsatzprogramm für den geförderten Wohnbau (Art. 4, Landesgesetz 15/72) vorgesehen sind. Im genannten Einsatzprogramm, das jährlich von der Landesregierung beschlossen wird, ist der finanzielle Rahmen für das jeweilige Abtretungsprogramm vorzusehen. Im Übrigen ist die Aktion der Abtretung ins Eigentum von Mietwohnungen des Institutes so zu steuern, daß das Institut in der Lage ist, die getätigten Einnahmen ohne zeitliche Verzögerung wieder für seine laufenden Wohnbauprogramme zu investieren.

Wenn die Mieter für den Kauf der Wohnung ein gefördertes Darlehen in Anspruch nehmen wollen, können sie um dieses gleichzeitig mit dem Gesuch um die Abtretung ins Eigentum der Wohnung ansuchen.

Zu Art. 4: Die Gesuche von Abtretung ins Eigentum werden beim Institut für den geförderten Wohnbau von jener Kommission überprüft, die auch für die Wohnungszuweisungen zuständig ist. Diese Kommission stellt auch fest, zu welcher Form der Landeswohnbauförderung der Mieter auf Grund seiner Einkommenssituation zugelassen werden kann. Die Entscheidungen der Kommission müssen dem Mieter bekanntgegeben werden. Dieser kann sein Ansuchen bestätigen und damit den Abtretungspreis annehmen oder gegen die Preisfestsetzung Einspruch erheben. Über den Einspruch muß innerhalb von 30 Tagen entschieden

werden. Der Entscheid ist dem Mieter mitzuteilen; dieser hat dann 30 Tage Zeit, schriftlich sein Ansuchen um Abtretung ins Eigentum der Wohnung zu bestätigen und damit die Entscheidung der Kommission anzunehmen.

Zu Art. 5: Wenn der Mieter für den Kauf der Wohnung die Wohnbauförderungen des Landes in Anspruch nehmen will und die Voraussetzungen dafür besitzt, leitet das Institut das von der Zuweisungskommission überprüfte Ansuchen an das Wohnbaukomitee weiter.

Zu Art. 6: Die Gewährung des geförderten Darlehens oder des 10jährigen Beitrages wird vom Wohnbaukomitee vorgenommen.

Wenn Wohnungen ohne Wohnbauförderung des Landes von den Mietern gekauft werden, wird zu Lasten der Wohnung die im Art. 3 des Landesgesetzes vom 2. April 1962, Nr. 4, in geltender Fassung, vorgesehene Bindung nur für die Dauer von 10 Jahren im Grundbuch angemerkt. Wird eine Förderung in Anspruch genommen, beträgt die Dauer der Bindung 20 Jahre.

Zu Artikel 7 und 8: Die beiden Artikel regeln den Verfahrensablauf für die Durchführung des Wohnungsverkaufs und die Auszahlungsmodalitäten des geförderten Darlehens.

Zu Art. 9: Die Erlöse aus dem Wohnungsverkauf sind zweckgebunden und müssen für den Bau, Kauf oder die Wiedergewinnung von Wohnungen des Institutes verwendet werden.

Zu Art. 10: Für die Wohnungen, die auf Grund des Landesgesetzes Nr. 13/63 abgetreten wurden, findet das genannte Landesgesetz weiterhin Anwendung. Ebenso findet das genannte Landesgesetz für jene Wohnungen Anwendung, die auf Grund der Übergangsbestimmung des Art. 11 des Landesgesetzentwurfes abgetreten werden sollen.

Zu Art. 11: Dieser Artikel enthält die Übergangsbestimmung für jene Wohnungen, für die vor Inkrafttreten des Landesgesetzes vom 23. Mai 1977, Nr. 13, ordnungsgemäße Abtretungsgesuche eingebracht wurden. Bekanntlich wurden diese Gesuche nicht behandelt, weil der Art. 20 des genannten Landesgesetzes alle Gesuche, die nach dem 6. September 1972 eingereicht worden waren, von der Abtretung ins Eigentum ausschloß. Mit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes vom 20. Mai 1987, Nr. 178, wurde die Rückwirkbarkeit des Art. 20 aufgehoben. Daher mußte für die Fälle - es handelt sich hauptsächlich um sogenannte Rücksiedler und ex-INCIS Wohnungen - eine besondere Regelung gefunden werden.

Zu Art. 12: Auch die Gemeinden können ihre Mietwohnungen zu den gleichen Bedingungen wie das Institut für den geförderten Wohnbau an ihre Mieter abtreten. Da auch die Mieter von Gemeindewohnungen die geförderten Darlehen des Landes in Anspruch nehmen können, muß für die Anzahl jener Wohnungen, für deren Kauf die Wohnbauförderung des Landes in Anspruch genommen wird, mit dem Wohnbaukomitee das Einvernehmen gepflogen werden.

-----  
Nell'accordo di coalizione per la IX legislatura del Consiglio provinciale di Bolzano, i partiti che formano la Giunta provinciale, hanno convenuto, nel corso della legislatura di presentare al Consiglio provinciale un progetto di legge, che dovrebbe disciplinare la cessione in proprietà di una

parte degli alloggi dell'Istituto per l'edilizia abitativa agevolata.

Accanto alle forme di agevolazione della proprietà edilizia già esistente, la cessione di alloggi dell'Istituto dovrebbe rappresentare un'ulteriore misura per la costituzione dell'alloggio in proprietà.

Le condizioni giuridiche ed economiche per la cessione in proprietà degli alloggi dell'Istituto dovrebbero corrispondere in linea di principio a quelle delle agevolazioni per il piccolo risparmio.

Nello stesso tempo dovrebbe essere garantito che la funzione istituzionale dell'Istituto per l'edilizia abitativa agevolata, di mettere a disposizione alloggi per le famiglie a basso reddito, non dovrebbe essere pregiudicata.

I singoli articoli possono venir esplicitati nel modo seguente:

Art. 1: L'Istituto può cedere in proprietà ai suoi inquilini un massimo di 30% della propria consistenza edilizia. Gli alloggi da cedere devono avere un'età minima di 10 anni. Sulla base della nuova legge provinciale possono essere ceduti in proprietà anche quegli alloggi ex-INCIS, originariamente assegnati come alloggi di servizio e che erano esclusi dalla cessione in proprietà. Sulla base della legge statale a suo tempo in vigore (D.P.R. 17.1.1959, n. 2), così come sulla base della legge provinciale (legge provinciale 20 aprile 1963, n. 3). Il prezzo di cessione consiste nel valore convenzionale dell'abitazione, in base all'art. 7 della legge provinciale 3 gennaio 1978, n. 1, e successive modifiche, ove si applicano i coefficienti correttivi, in base all'art. 18 (posizione), art. 19 (piano), art. 20 (età) e art. 21 (stato di conservazione) della legge 27 luglio 1978, n. 392.

Al prezzo così calcolato viene aggiunto il 15% dei costi di costruzione legali dell'alloggio come componente per il terreno edificabile; attualmente sono 164.000 lire per ogni metroquadrato di superficie abitabile. Il prezzo al metroquadrato di superficie abitabile inclusa la componente per l'area edificabile viene infine ridotta del 20%.

L'inquilino, affinché possa richiedere la cessione in proprietà dell'alloggio da lui occupato, deve soddisfare alle premesse generali, per poter accedere alle agevolazioni edilizie della Provincia per la costruzione o l'acquisto di alloggi. Non deve sussistere quindi contro di lui alcun motivo di esclusione previsto all'art. 2 della legge sul piccolo risparmio. Un'eccezione a questa disposizione è prevista per quelle famiglie, nel confronto delle quali pende un procedimento di sfratto, in quanto superando il limite di reddito previsto dalla legge, non possono ulteriormente occupare l'alloggio.

Art. 2: Dalla cessione in proprietà sono escluse tutte le abitazioni nell'ambito del piano di attuazione per la zona di espansione "semirurali" nel comune di Bolzano. Per stabilire, quali alloggi vengono ceduti in proprietà, l'Istituto esegue prima di tutto una propria rilevazione.

Con questa rilevazione l'Istituto dovrebbe venire a conoscenza per quali edifici è desiderata la cessione da parte della totalità degli inquilini e per quali almeno la maggioranza di essi desidera la cessione. Solo

complessi di edifici di questo tipo vengono presi in considerazione.

Qualora non dovesse formarsi alcuna maggioranza, non si procederà ad alcuna cessione.

La nuova disciplina delle cessioni non vale solo per gli alloggi che sono di proprietà dell'Istituto, bensì anche per gli alloggi di proprietà della Provincia che vengono amministrati dall'Istituto.

Art. 3: All'inizio della procedura di cessione è fissato in una delibera il numero degli alloggi che vengono ceduti ogni anno. Ciò è necessario, in quanto gli inquilini intenzionati ad acquistare possono usufruire dei mutui agevolati per l'acquisto dell'alloggio. Perciò il numero degli alloggi da cedere dev'essere fissato in modo, che i mutui richiesti non superino quelli previsti dal programma di interventi per l'edilizia abitativa agevolata (art. 4, legge provinciale 15/72). Nel programma di interventi complessivo, che annualmente viene fissato dalla Giunta provinciale è da prevedere il quadro finanziario per il rispettivo programma di cessione. Del resto, l'operazione di cessione in proprietà degli alloggi dell'Istituto è da condurre in modo tale, da mettere l'Istituto in grado di investire le entrate realizzate e senza ritardo, per il suo programma di costruzioni edilizie.

Qualora gli inquilini intendessero far uso, per l'acquisto dell'alloggio, di un mutuo agevolato, possono farlo contemporaneamente nella stessa domanda di cessione in proprietà dell'alloggio.

Art. 4: Le domande di cessione in proprietà vengono esaminate presso l'Istituto per l'edilizia abitativa agevolata da quelle Commissioni competenti anche per l'assegnazione degli alloggi.

Questa commissione stabilisce inoltre, a quale forma di agevolazione edilizia provinciale l'inquilino ha accesso in base alla sua condizione di reddito. Le decisioni della Commissione debbono venir comunicate all'inquilino. Questo può confermare la sua domanda e quindi accettare il prezzo di cessione o ricorrere contro la valutazione del prezzo.

Sull'obiezione dev'essere presa una decisione entro 30 giorni. L'esito dev'essere comunicato all'inquilino.

Questi ha 30 giorni di tempo di accettare per iscritto la sua domanda di cessione in proprietà dell'alloggio, e quindi di accettare la decisione della Commissione.

Art. 5: Qualora l'inquilino intendesse usufruire per l'acquisto dell'alloggio l'agevolazione edilizia della Provincia e che sia in possesso dei requisiti richiesti, l'Istituto inoltra la domanda esaminata dalla Commissione per le assegnazioni al Comitato per l'edilizia residenziale (CER).

Art. 6: La concessione del mutuo agevolato o il contributo decennale è disposto dal Comitato per l'edilizia residenziale. Qualora gli inquilini acquistino alloggi senza far ricorso alle agevolazioni provinciali, viene annotato nel libro fondiario, a carico dell'alloggio in base all'art. 3 della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, e successive modifiche, un vincolo della durata di soli 10 anni.

Qualora venga fatto uso di un'agevolazione, durata del vincolo è di 20 anni.



Articoli 7 e 8: Ambedue gli articoli regolano la procedura per l'attuazione della vendita degli alloggi e la modalità dei pagamenti del mutuo agevolato.

Art. 9: I ricavi derivanti dalla vendita degli alloggi sono vincolati e debbono essere utilizzati per la costruzione, l'acquisto o il recupero di alloggi dell'Istituto.

Art. 10: Per quegli alloggi che sono stati ceduti in base alla legge provinciale 13/63 si continua ad applicare la citata legge provinciale.

Parimenti, la citata legge trova applicazione anche per quegli alloggi che vengono ceduti in base alla disposizione transitoria dell'art. 11 del progetto di legge.

Art. 11: Questo contiene la disposizione transitoria per quegli alloggi, per i quali sono state presentate regolarmente domande di cessione, prima dell'entrata in vigore della legge provinciale 23 maggio 1977, n. 13.

Com'è noto, tali domande non vennero esaminate, in quanto l'art. 20 della citata legge provinciale escludeva dalla cessione in proprietà tutte le domande che sono pervenute dopo il 6 settembre 1972.

Con sentenza della Corte Costituzionale del 20 maggio 1987, n. 178, venne sospesa la retroattività dell'art. 20. In seguito a ciò si rese necessario trovare una disciplina particolare per quei casi; in maggioranza si trattava di alloggi dei cosiddetti riopanti e di ex-INCIS.

Art. 12: Anche i Comuni possono cedere i loro alloggi alle stesse condizioni praticate dall'Istituto ai loro inquilini.

Dal momento che anche gli inquilini di alloggi comunali possono usufruire di mutui agevolati, dev'essere provveduto all'intesa con il Comitato per l'edilizia residenziale per quelle abitazioni, per il cui acquisto venga fatto ricorso all'agevolazione edilizia.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Frasnelli per la lettura della relazione della quarta Commissione legislativa.

FRASNELLI (SVP): Die vierte Gesetzgebungskommission ist am 6., 23. und 27. September 1988 zur Behandlung des Landesgesetzentwurfes Nr. 209/88: "Abtretung ins Eigentum der Wohnungen des Institutes für den geförderten Wohnbau" zusammengetreten.

In Anwesenheit des zuständigen Landesrates Dr. Alfons Benedikter und des Abteilungsleiters Dr. Adolf Spitaler hat die Kommission mit der Behandlung dieser Gesetzesmaßnahme begonnen, wobei sich die Kommissionsmitglieder Mitolo, D'Ambrosio, Franzelin-Werth und Kaserer zur Einbringung dieses Gesetzentwurfes positiv geäußert haben. Dieser soll endlich, zumindest teilweise, das leidige Problem der Abtretung ins Eigentum der Wohnungen des Institutes für den geförderten Wohnbau lösen. Der Abg. Mitolo brachte jedoch seine Bedenken zum Ausmaß des abzutretenden Wohnungsbestandes des Wohnbauinstituts, der seines Erachtens viel zu gering ist und zu den zu hohen Abtretungspreisen zum Ausdruck. Der Vorsitzende D'Ambrosio erinnert jedoch daran, daß seine Partei auf diese Gesetzesmaßnahme gedrängt hatte. Er gab seiner

Hoffnung Ausdruck, daß die Beträge, die dadurch eingenommen werden, wieder im Wohnbau investiert werden, wobei die finanzielle Spekulation seitens des Instituts durch den Ankauf von Staatspapieren wie dies erst kürzlich der Fall war, vermieden werden soll.

Die Abgeordneten Franzelin-Werth und Kaserer äußerten sich für diese Lösung des heiklen Bereiches des Volkswohnbaus positiv, da auf diese Weise ein wichtiger Punkt des Koalitionsabkommens der Mehrheit verwirklicht wird. Frau Franzelin vertrat den Standpunkt, daß mit diesen neuen Bestimmungen die Ausrichtung einer Politik bestätigt wird, die darauf abzielt, dem Großteil der Bürger eine Eigentumswohnung zu verschaffen; Abg. Kaserer hingegen war dafür, bei der Wahl der abzutretenden Wohnungen besonders vorsichtig vorzugehen, und zu versuchen, hierbei auch die Peripherie einzubeziehen.

In seiner Replik hat der Landesrat Benedikter auf die gesamtstaatliche Situation verwiesen, die bei den Volkswohnbauinstituten besonders kritisch ist, da letztere unter der Last besorgniserregender Fehlbeträge ersticken. Er zog einen Vergleich mit Deutschland, wo der Großteil der Bevölkerung (60%) in Miete wohnt, in Italien hingegen haben wir mit dem Mietenstopp genau die umgekehrte Situation. Bezüglich der von den Kommissionsmitgliedern aufgeworfenen Fragen, erklärte er unter anderem, daß diejenigen, die eine alte Wohnung ankaufen, in den Genuß der vom Landesgesetz über die Sanierung vorgesehenen Beiträge kommen können. Was den Abtretungspreis betrifft, sicherte der Landesrat einen gerechten Preis zu, wodurch ein Ausverkauf zu Vorzugspreisen ausgeschlossen ist.

Im Zuge der Sachdebatte wurde eine vom Abg. Mitolo eingebrachte Änderung zum Art. 1 genehmigt. Bei 3 Jastimmen und 3 Neinstimmen war die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend. Der Artikel wurde hingegen mit 1 Jastimme bei 6 Enthaltungen genehmigt. Andere vom Abg. Mitolo eingebrachte Änderungen wurden mehrheitlich zurückgewiesen, während bei den Artikeln 6 und 10 geringfügige Ergänzungen vorgenommen wurden. Über den Artikel 2 wurde nach Absätzen abgestimmt: Der 1. und 3. Absatz wurden einstimmig, der 2. Absatz mit 3 Jastimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt. Die anderen Artikel wurden mit folgendem Stimmergebnis genehmigt: Art. 3 mit 3 Jastimmen bei 4 Enthaltungen; Art. 9 mit 6 Jastimmen bei 1 Enthaltung; Art. 11 mit 4 Jastimmen bei 1 Neinstimme und 4 Enthaltungen; Art. 12 mit 4 Jastimmen bei 3 Enthaltungen; die restlichen Artikel wurden einstimmig genehmigt. Der Gesetzestext mit den Änderungen wird beigelegt.

Bei den Stimmabgabeerklärungen brachte die Mehrheit ihre Zustimmung zum Ausdruck, während die Kommissionsmitglieder der Opposition ihre Stimmenthaltung ankündigten, insbesondere deshalb, weil dieses Gesetz höchstwahrscheinlich gar nicht zur Anwendung kommt und deshalb die Betroffenen enttäuscht sein werden; dies wegen der Kriterien für die Festlegung der Kosten, die zu hoch sind.

Der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit wurde mehrheitlich mit 4 Jastimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt.

-----

La quarta Commissione legislativa si é riunita nei giorni 6, 23 e 27

settembre 1988 per esaminare il disegno di legge provinciale n. 204/88: "Cessione in proprietà degli alloggi dell'Istituto per l'edilizia abitativa agevolata".

Alla presenza dell'Assessore competente, Dr. Alfons Benedikter, e del caporipartizione Dr. Adolf Spitaler, la Commissione ha affrontato l'esame di questo provvedimento di legge, esprimendo per bocca dei commissari Mitolo, D'Ambrosio, Franzelin-Werth e Kaserer una valutazione positiva per la sua presentazione, che dovrebbe finalmente risolvere, almeno in parte, l'annoso problema della cessione in proprietà agli inquilini di parte degli alloggi popolari. Il consigliere Mitolo ha comunque espresso riserve sull'entità del patrimonio edilizio dell'IPEAA che verrà ceduto, a parer suo troppo bassa, e sui calcoli del prezzo di cessione troppo alto. Il Presidente D'Ambrosio, invece, ricordando le forti sollecitazioni del suo partito per giungere a questa disciplina legislativa, ha auspicato che le somme che verranno introitate da questa operazione vengano reinvestite nel settore edilizio, evitando assolutamente la speculazione finanziaria dell'Istituto con acquisti di titoli di stato, come verificatosi recentemente.

I consiglieri Franzelin-Werth e Kaserer hanno espresso il loro compiacimento per la soluzione adottata in questo delicato settore dell'edilizia popolare, che concretizza un importante punto del programma di coalizione della maggioranza. Secondo la signora Franzelin-Werth con queste nuove norme si conferma l'indirizzo di una politica tesa a portare il maggior numero di cittadini alla proprietà di un'abitazione, mentre il consigliere Kaserer ha raccomandato una particolare oculatezza nella scelta dei fabbricati da cedere, cercando di non escludere nei fatti la periferia da questi benefici.

Nella replica l'Assessore Benedikter ha fatto cenno alla situazione esistente in campo nazionale, particolarmente critica per gli Istituti dell'edilizia popolare, che stanno affogando in paurosi deficit finanziari, ed ha fatto il confronto con la Germania, dove la maggioranza della popolazione (60%) si trova in affitto, proprio il contrario di quanto si verifica in Italia con l'attuale regime del blocco degli affitti. Rispondendo ai vari quesiti posti dai commissari intervenuti, ha affermato, tra l'altro, che coloro che acquisteranno un'abitazione vecchia potranno accedere alle sovvenzioni previste dalla legge provinciale per il risanamento. Per quanto riguarda i prezzi di cessione, l'Assessore ha garantito l'equità e quindi non una svendita a prezzi di favore.

Nel corso dell'esame articolato del disegno di legge è stata approvata una modifica all'articolo 1, proposta dal consigliere Mitolo. Nella votazione, che ha visto 3 sì e 3 no, è prevalso il voto del Presidente. L'articolo invece è stato approvato con 1 sì e 6 astenuti. Altri emendamenti dello stesso consigliere Mitolo sono stati respinti a maggioranza, mentre sono state apportate lievi integrazioni specificative negli articoli 6 e 10. L'articolo 2 è stato votato per commi con il seguente risultato: primo e terzo comma all'unanimità; secondo comma con 3 sì e 2 astenuti. Gli altri articoli sono stati approvati come segue: articolo 3 con 3 sì e 4 astenuti; articolo 9 con 6 sì e 1 astenuto; articolo 11 con 4 sì, 1 no e 2 astenuti;

articolo 12 con 4 sì e 3 astenuti; i rimanenti all'unanimità. Viene allegato il testo legislativo con le modifiche apportate.

Nelle dichiarazioni di voto vi è stata l'adesione della maggioranza, mentre i commissari dell'opposizione hanno dichiarato di astenersi, in particolare con la motivazione che questa legge probabilmente resterà inoperante e quindi avrà un effetto deludente nei confronti degli interessati, per i criteri introdotti nella determinazione dei costi, che risultano essere troppo elevati.

Il disegno di legge nel suo complesso è stato approvato a maggioranza con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

**PRESIDENTE:** E' aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata.

**KLOTZ (SHB):** Ich bitte, die Beschlußfähigkeit festzustellen.

**PRESIDENTE:** Mettiamo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato con 18 voti favorevoli e 2 astensioni.

#### Art. 1

(1) L'istituto per l'edilizia abitativa agevolata, di seguito denominato "Istituto", è autorizzato a cedere agli assegnatari che siano in possesso dei requisiti di cui all'articolo 2 della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, e successive modifiche, gli alloggi aventi una vetustà di almeno 10 anni, calcolati dalla data del rilascio della licenza d'uso, nel limite del 30% del proprio patrimonio edilizio ivi compresi gli ex alloggi INCIS assegnati a titolo di alloggi di servizio. Il prezzo di cessione è dato dal valore convenzionale di cui all'articolo 7 della legge provinciale 3 gennaio 1978, n. 1, e successive modifiche, applicando i coefficienti correttivi di cui agli articoli 18, 19, 20 e 21 della legge 27 luglio 1978, n. 392. L'incidenza del costo delle aree non deve superare il 15% del costo di costruzione come definito ai sensi dell'articolo 2, terzo comma, della legge provinciale 3 gennaio 1978, n. 1, e successive modifiche. Il prezzo così determinato è ridotto del 20%.

(2) Qualora negli immobili, per i quali il CER ha deliberato a norma dell'articolo 3 la cessione in proprietà, risiedano famiglie per le quali è in corso la procedura di sfratto per superamento dei limiti di reddito di cui all'articolo 11 della legge provinciale 23 maggio 1977, n. 13, rispettivamente all'articolo 11/bis della stessa legge provinciale inserito con l'articolo 79 della legge provinciale 21 novembre 1983, n. 45, queste possono chiedere, in deroga alla disposizione di cui al comma 1, la cessione in proprietà dell'alloggio. Al prezzo di cessione non viene operata la riduzione del 20%.

(3) L'assegnatario di cui al precedente comma e quello occupante un alloggio vecchio di oltre dieci anni per il quale ricorra la condizione della revoca a termini dell'articolo 11, lettere D ed E, e successive modifiche ed inte-

grazioni, per supero dei limiti di reddito o perchè proprietario, usufruttuario od usuario di altro alloggio in territorio extra provinciale, può richiedere al Presidente dell'IPEAA di occupare l'abitazione a titolo di locazione. Il Presidente dell'Istituto provinciale per l'edilizia abitativa agevolata accoglie la richiesta e la locazione è regolata dalla norma sulla disciplina della locazione degli immobili urbani.

-----

(1) Das Institut für geförderten Wohnbau, in der Folge Institut genannt, ist ermächtigt, Mietern, welche die in Artikel 2 des Landesgesetzes Nr. 4 vom 2. April 1962, in geltender Fassung, genannten Voraussetzungen haben, jene Wohnungen abzutreten, die - von dem Tag an gerechnet, an dem die Benützungsgenehmigung ausgestellt worden ist, - wenigstens 10 Jahre alt sind; das Institut darf jedoch nur bis zu 30% seines gesamten Wohnungsbestandes - einschließlich der ehemaligen als Dienstwohnungen zugewiesenen INCIS-Wohnungen abtreten. Der Abtretungspreis entspricht dem Konventionalwert laut Artikel 7 des Landesgesetzes Nr. 1 vom 3. Jänner 1978, in geltender Fassung, wobei die Berichtigungskoeffizienten laut Artikel 18, 19, 20, und 21 des Gesetzes Nr. 392 vom 27. Juli 1978, anzuwenden sind. Die Baugrundkosten dürfen nicht mehr als 15% der Baukosten, wie sie gemäß Artikel 2, Absatz 3, des Landesgesetzes Nr. 1 vom 3. Jänner 1978, in geltender Fassung, festgesetzt werden, ausmachen. Der auf diese Weise festgesetzte Preis wird um 20% herabgesetzt.

(2) Wohnen in den Gebäuden, deren Eigentum gemäß Beschluß des Wohnbaukomitees im Sinne von Artikel 3 abgetreten werden soll, Familien, gegen die ein Kündigungsverfahren eingeleitet wurde, weil sie die Einkommensgrenzen überschreiten, die in Artikel 11 bzw. 11/bis des Landesgesetzes Nr. 13 vom 23. Mai 1977, eingefügt durch Artikel 79 des Landesgesetzes Nr. 45 vom 21. November 1983, vorgesehen sind, so können diese, abweichend von Absatz 1, um die Abtretung des Eigentums ansuchen. Der Abtretungspreis wird nicht um 20% herabgesetzt.

(3) Der Mieter gemäß vorhergehendem Absatz sowie jener, der eine über zehn Jahre alte Wohnung besetzt, und gegen den der Widerruf der Wohnungszuweisung gemäß Artikel 11, Buchstaben d) und e), in geltender Fassung, im Gange ist, und zwar wegen Überschreitung der Einkommensgrenze oder weil er Eigentümer, Nutznießer oder Benützer einer anderen Wohnung außerhalb des Landesgebietes ist, kann an den Präsidenten des Instituts das Ansuchen richten, die Wohnung weiterhin als Mieter zu besetzen. Der Präsident des Instituts gibt dem Ansuchen statt, wobei die Bestimmungen über die Vermietung von Wohngebäuden anzuwenden sind.

E' stato presentato un emendamento dall'assessore Benedikter e dal consigliere Frasnelli che dev'essere ancora distribuito. Siccome si tratta di uno stralcio, nel frattempo si può anche illustrare.

La parola all'assessore Benedikter.

**BENEDIKTER** (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP): Es ist von mir der Abänderungsantrag eingebracht worden, aber es

geht letzten Endes um den Antrag, den dritten Absatz des Art. 1 zu streichen, der von der Kommission eingeführt worden ist und dem ich mich widersetzt habe. Es ist aber trotzdem eine Mehrheit zustande gekommen in der Kommission. Der Antrag verstößt aber gegen den gesamten Geist des Gesetzes und die gesamte Ausrichtung des Gesetzes, nämlich, daß man denjenigen Mieter, der an sich gekündigt worden ist oder gekündigt werden muß, weil er die Einkommensgrenze überschreitet und Ihr kennt den Unterschied zwischen der Zulassung, rund 13 Millionen, und dem Überschreiten der Einkommensgrenze, bis zu welcher der Mieter Mieter bleiben kann sind 35 Millionen, also ist das ein gewaltiger Abstand, beim Staat muß nur gekündigt werden, wenn man ein Fünftel überschreitet, und nicht von 13 auf 35 Millionen, so wie heute. Ausgerechnet dieser Mieter, auch wenn er bereits Eigentümer einer anderen Wohnung ist und deswegen gekündigt werden sollte, dieser Mieter sollte drinnenbleiben können, so heißt es da, und er kann verlangen, die Wohnung als normaler Mieter weiter zu besetzen. Das hat mit der Abtretung des Eigentums an sich nichts zu tun und ist gegen die Grundsätze unserer Gesetzgebung, so daß wir tatsächlich ernst machen mit Mietern, die nicht auf die Sozialmiete Anspruch haben oder nicht mehr Anspruch haben, eine Institutswohnung zu erhalten, weil sie, wie gesagt, die Einkommensgrenze wesentlich mehr als das Doppelte, fast das Dreifache überschreiten und weil sie inzwischen Eigentümer einer anderen Wohnung geworden sind.

Ich muß also beantragen, ich muß darauf bestehen, daß dieser Absatz, der mit dem Gesetz an sich nichts zu tun hat und den Grundsätzen unserer gesamten Gesetzgebung widerspricht, daß der gestrichen wird. Es geht nur um einen Streichungsantrag.

**PRESIDENTE:** Dó lettura dell'emendamento: "Sopprimere il terzo comma dell'art. 1 proposto dalla Commissione - Der von der Kommission eingeführte dritte Absatz des Art. 1 wird gestrichen."

Chi chiede la parola? Consigliere Tribus.

**TRIBUS (AS):** Herr Landesrat! Wie Sie das erklärt haben ist das natürlich sehr eindeutig, was Sie gesagt haben. Aber ich möchte nur erklären, wieso ich damals in der Kommission für diesen Antrag gestimmt habe, der dann durch die Tatsache, daß der Kollege D'Ambrosio Präsident der Kommission war, durchgegangen ist und das Glück hatte, einige Tage im Gesetz zu stehen und heute wieder herauskommt.

Aber, Herr Landesrat, wenn Sie sagen, wenn ich das einsehe, daß jemand, der bereits eine Wohnung besitzt, nicht in den Genuß von Vorzügen kommen soll, die natürlich nicht in die Logik eines solchen Gesetzes fallen können, da muß aber auch dazugesagt werden, daß das Gesetz vorsieht, daß es sich hier um eine Wohnung außerhalb des Landesgebietes handelt. Das, glaube ich, ist zu berücksichtigen. Soweit ich mich an die Kommission zurückerinnern kann, geht es da vor allem um Leute, vor allem Italiener, die zugewandert sind, die aber in irgendeiner Region Italiens

oder auch im Trentino ein Anwesen besitzen, ein kleines Haus, eine Wohnung, aber hier im Lande seit Jahren arbeiten und deshalb auf diese Wohnung angewiesen sind, weil sie hier leben und arbeiten.

Deshalb sind wir auch der Meinung, daß man in diesem Falle nicht von einer Wohnung sprechen kann im eigentlichen Sinn des Wortes. Diese Wohnung, die sich außerhalb des Landes befindet, wird in der Regel zu Urlaubszwecken verwendet, zum Rückzug später, wenn man in Pension geht und ich glaube, daß man da wirklich unterscheiden muß. Es ist nicht so, wie es in der Erklärung des Landesrates Benedikter angeklungen ist, daß hier praktisch ein Reicher, ein Besitzer zum Handkuß kommt durch diese Änderung, die die Kommission eingeführt hat. Es geht hier wirklich nur darum, daß eine Person, die die Einkommensgrenze überschreitet, die Möglichkeit hat, als Mieter in der Wohnung bleiben zu dürfen, und nichts anderes und als Zusatz eben diese Feststellung, auch wenn er eine Wohnung außerhalb des Landes hat.

Deswegen scheint mir dieser Vorschlag, der die zufällige Mehrheit in der Kommission gefunden hat, nicht so abwegig, wie der Landesrat versucht hat zu erklären. Ich werde deshalb gegen den Streichungsantrag des Landesrates Benedikter und des Abgeordneten Frasnelli stimmen.

**PRESIDENTE:** Qualcun altro chiede la parola sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione: 15 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione. Manca il numero legale.

La seduta é sospesa per mezz'ora.

ORE 9.54 UHR

-----

ORE 10.26 UHR

**PRESIDENTE:** La seduta riprende.

Eravamo in fase di votazione. Ripetiamo la votazione sull'emendamento Benedikter/Frasnelli: approvato con 14 voti favorevoli e 4 astensioni.

Chi chiede la parola sull'art. 1? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

#### Art. 2

(1) Sono comunque esclusi dalla cessione in proprietà gli alloggi di servizio, quelli che si trovano negli stessi fabbricati nei quali hanno sede uffici o servizi dell'Istituto, nonchè gli alloggi di proprietà dell'Istituto compresi nel piano di attuazione della zona di espansione "Semirurali" del Comune di Bolzano.

(2) L'Istituto cede con preferenza quegli immobili per i quali la totalità o la maggioranza degli inquilini chiede la cessione in proprietà. A tale scopo l'Istituto effettua un'indagine per individuare tali immobili. Se non viene chiesta la cessione di tutti gli alloggi di un fabbricato, ma solo della

maggioranza, agli assegnatari che non hanno chiesto la cessione possono essere assegnati in cambio alloggi di assegnatari che hanno chiesto la cessione in fabbricati, per i quali non è stata raggiunta la maggioranza, e che siano disposti ad acquistare altro alloggio.

(3) Agli alloggi dell'Istituto sono equiparati quelli della Provincia gestiti dall'Istituto stesso.

-----

(1) Das Eigentum an Dienstwohnungen in Gebäuden, in denen sich Ämter oder Dienststellen des Institutes befinden, sowie an Wohnungen des Institutes, die im Durchführungsplan für die "Semirurali"-Erweiterungszone in der Gemeinde Bozen vorgesehen sind, darf nicht abgetreten werden.

(2) Das Institut tritt vorrangig Liegenschaften ab, für welche alle entsprechenden Mieter oder die Mehrheit derselben um die Abtretung des Eigentums ansuchen. Zu diesem Zweck führt das Institut eine Untersuchung durch, um diese Liegenschaften zu bestimmen. Wird nicht für alle, sondern nur für die Mehrheit der Wohnungen eines Gebäudes um die Abtretung des Eigentums angesucht, so kann das Institut den Mietern, die nicht um die Abtretung angesucht haben, im Tauschwege Wohnungen von Mietern zuweisen, die um die Abtretung des Eigentums an Wohnungen in solchen Gebäuden angesucht haben, in denen die Mehrheit nicht erreicht wurde, und die bereit sind, eine andere Wohnung anzukaufen.

(3) Den Wohnungen des Institutes gleichgestellt sind Wohnungen im Eigentum des Landes Südtirol, die vom Institut verwaltet werden.

Chi chiede la parola sull'art. 2? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

### Art. 3

(1) Entro il mese di marzo di ogni anno il CER, su proposta dell'Istituto, determina gli alloggi da cedere in proprietà. Agli effetti del calcolo della quota massima del 30% da cedere si tiene conto degli alloggi ceduti a norma della presente legge negli anni precedenti.

(2) Entro il mese di aprile l'Istituto dà notizia agli assegnatari interessati dell'inclusione dell'alloggio nella quota comunicando altresì il presumibile prezzo di cessione dello stesso. Gli assegnatari possono chiedere entro il mese di giugno la cessione dell'alloggio ed eventualmente la concessione del mutuo o contributo provinciale per l'acquisto dell'alloggio ai sensi delle lettere E1, E2 e E3 dell'articolo 2 della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15, e successive modifiche.

(3) In caso di decesso del richiedente, il coniuge ed i figli conviventi con il richiedente stesso possono confermare la domanda entro 30 giorni dal decesso.

-----

(1) Das Wohnbaukomitee bestimmt jährlich innerhalb März auf Vorschlag des Institutes die Wohnungen, deren Eigentum abzutreten ist. Bei der Berechnung des in Artikel 1 genannten Höchstanteiles von 30%, werden auch jene Wohnun-



gen berücksichtigt, deren Eigentum im Sinne dieses Gesetzes in den vorangegangenen Jahren abgetreten wurde.

(2) Das Institut teilt jährlich innerhalb April den betroffenen Mietern die Aufnahme der Wohnung in das Kontingent sowie den voraussichtlichen Abtretungspreis mit. Die Mieter können innerhalb Juni um die Abtretung des Eigentums an der Wohnung, und gegebenenfalls um die Gewährung eines Darlehens oder eines Beitrages des Landes Südtirol für den Ankauf einer Wohnung im Sinne von Artikel 2, Buchstaben E1, E2 und E3, des Landesgesetzes Nr. 15 vom 20. August 1972, in geltender Fassung, ansuchen.

(3) Bei Ableben des Antragstellers, können der Ehegatte und die mit dem Antragsteller zum Zeitpunkt seines Ablebens im gemeinsamen Haushalt lebenden Kinder innerhalb von 30 Tagen nach dem Todesfall das Ansuchen bestätigen.

Chi chiede la parola sull'art. 3? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

#### Art. 4

(1) La Commissione per l'assegnazione di cui all'articolo 45 della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15, e successive modifiche, esamina le domande di cessione per quanto riguarda la sussistenza dei requisiti per la cessione e se del caso l'appartenenza ad una delle fasce di reddito previste per la concessione di mutuo o contributo provinciale, attribuisce il punteggio alla domanda e fissa il prezzo di cessione definitivo. Le determinazioni della Commissione per l'assegnazione sono comunicate entro settembre all'assegnatario che può confermare entro 30 giorni la sua domanda di cessione oppure presentare opposizione avverso le determinazioni della Commissione. Questa decide definitivamente entro 30 giorni. In caso di opposizione la domanda di cessione deve comunque essere confermata entro 30 giorni dalla comunicazione della decisione sull'opposizione.

(1) Die von Artikel 45 des Landesgesetzes Nr. 15 vom 20. August 1972, in geltender Fassung, vorgesehene Kommission für die Zuweisung von Wohnungen prüft, ob in Zusammenhang mit den Ansuchen um Abtretung des Eigentums die entsprechenden Voraussetzungen vorhanden sind und ob der Betroffene in eine der - für die Gewährung eines Darlehens oder eines Beitrages des Landes Südtirol vorgesehenen - Einkommensstufen einzustufen ist; die Kommission bewertet das Ansuchen mit Punkten und legt den endgültigen Abtretungspreis fest. Die Beschlüsse der Kommission über die Zuweisung von Wohnungen werden jährlich innerhalb September dem Mieter bekanntgegeben; dieser kann innerhalb von 30 Tagen sein Ansuchen bestätigen oder aber Einspruch gegen den Beschluß der Kommission erheben. Die Kommission entscheidet innerhalb von 30 Tagen endgültig. Erhebt der Mieter Einspruch, so muß das Ansuchen innerhalb von 30 Tagen vom Tage der Mitteilung der Entscheidung über den Einspruch an bestätigt werden.

Chi chiede la parola sull'art. 4? Consigliere Franzelin.

**FRANZELIN-WERTH (SVP):** Herr Präsident, Herr Landesrat! Ich hätte nur eine Frage, und zwar, die Kommission setzt zu dem Zeitpunkt, an dem wir jetzt angelangt sind, fest, ob die Voraussetzungen vorhanden sind. Ich frage, mit dem Art. 1 haben wir abgestimmt, daß wenn jemand die Wohnung gekündigt hat, das heißt eine Kündigung läuft, dann kann der, wenn er in dem Haus drinnen ist, auf jedem Fall die Wohnung in Eigentum übertragen bekommen, er bekommt nur nicht die 20% Abschlag.

Für mich ist jetzt nicht klar, ob in Zukunft noch Kündigungen bzw. Hinausstellungen gemacht werden, wenn man auf der anderen Seite doch feststellt, daß derjenige, der darüber hinaus ist bzw. wo die Kündigung läuft, die Wohnung kaufen kann. Ich möchte hier die Angst des Mieters zum Ausdruck bringen, der sagt, wenn ich jetzt eine Kündigung bekomme, weil ich über der zweiten Einkommensstufe bin und wenn mein Haus, in dem ich wohne, nicht in dem Zeitraum in das Programm aufgenommen wird, dann muß ich gehen; wäre mein Haus dort aufgenommen gewesen, dann wäre ich drin. Was kann man dem zur Antwort geben, wenn diese Frage kommt?

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP):** Sie machen diese Bemerkung aufgrund des Art. 4. Wenn ich das beantworten soll, aufgrund des Textes des Art. 4, wenn der Bewerber um die Ablesung glaubt im Recht zu sein, oder daß wenn er meinetwegen vorher, auch ein Jahr vorher nicht die Voraussetzung hatte und nachher die Voraussetzungen doch entstanden sind, dann kann er immer wieder neu ansuchen bzw. dann sein Gesuch bestätigen. Wenn er glaubt, daß er die Voraussetzungen hat, auch wenn die Kommission anderer Ansicht ist, kann er weiter versuchen und sowieso, wenn sich die Voraussetzungen bei ihm geändert haben sollten. Das ergibt sich aus dem Art. 4. Sie verlangen eine Auskunft aufgrund des Art. 4 und die kann ich nur so geben.

**PRESIDENTE:** Mettiamo in votazione l'art. 4: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

#### Art. 5

(1) Le domande di mutuo o contributo provinciale con allegata documentazione tecnica devono essere inoltrate dall'Istituto al CER provinciale entro 30 giorni dalla conferma della domanda con indicazione delle determinazioni sulla sussistenza dei requisiti e sull'appartenenza ad una delle fasce di reddito di cui all'articolo 6/bis della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, e successive modifiche, nonché del prezzo definitivo di cessione. La comunicazione dell'Istituto dell'avvenuta conferma della domanda di cessione e l'indicazione del prezzo definitivo di cessione sostituisce la presentazione del contratto preliminare registrato di cui all'articolo 8 della legge provinciale 25 novembre 1978, n. 52, e successive modifiche.

-----

(1) Das Institut muß die Ansuchen um Gewährung eines Darlehens oder eines

Beitrages des Landes Südtirol zusammen mit den entsprechenden Unterlagen innerhalb von 30 Tagen nach Bestätigung des Ansuchens an das Wohnbaukomitee weiterleiten, wobei das Bestehen der erforderlichen Voraussetzungen, die jeweilige Einkommensstufe gemäß Artikel 6/bis des Landesgesetzes Nr. 4 vom 2. April 1962, in geltender Fassung, sowie der endgültige Abtretungspreis anzugeben sind. Die Mitteilung des Institutes über die erfolgte Bestätigung des Ansuchens um Abtretung und die Angabe des endgültigen Abtretungspreises ersetzt den von Artikel 8 des Landesgesetzes Nr. 52 vom 25. November 1978, in geltender Fassung, vorgesehenen registrierten Vorvertrag.

Chi chiede la parola sull'art. 5? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 6

(1) Il mutuo o contributo provinciale viene concesso dal CER in base alle determinazioni della Commissione per l'assegnazione dell'Istituto.

(2) A carico degli alloggi ceduti in proprietà senza la concessione di agevolazioni edilizie provinciali viene annotato nel libro fondiario in base al contratto di cessione il vincolo di cui al comma 1 dell'articolo 3 della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, e successive modifiche, concernente la vendita, la locazione e la costituzione di diritti reali per la durata di dieci anni.

-----

(1) Das Darlehen oder der Beitrag des Landes Südtirol wird vom Wohnbaukomitee auf Grund des Beschlusses der Kommission für die Zuweisung von Wohnungen gewährt.

(2) Zu Lasten der Wohnungen, deren Eigentum ohne die Gewährung von Wohnbauförderungsmaßnahmen abgetreten wird, ist auf Grund des Abtretungsvertrages für die Dauer von 10 Jahren im Grundbuch die in Artikel 3, Absatz 1, des Landesgesetzes Nr. 4 vom 2. April 1962, in geltender Fassung, genannte Beschränkung über den Verkauf, die Vermietung und die Belastung mit dinglichen Rechten von geförderten Wohnungen, anzumerken.

Chi chiede la parola sull'art. 6? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 7

(1) L'Istituto, avuta la comunicazione dell'avvenuta concessione del mutuo o contributo provinciale, provvede alla divisione in porzioni materiali dell'edificio da cedere e ad avvenuta divisione, stipula il contratto di compravendita. Il nuovo proprietario ha diritto alla cancellazione dell'ipoteca eventualmente gravante sull'alloggio.

-----

(1) Nach Erhalt der Mitteilung über die Gewährung des Darlehens oder des Beitrages des Landes Südtirol veranlaßt das Institut die Teilung des betreffenden Gebäudes in materielle Anteile und schließt den Kaufvertrag ab. Der

neue Eigentümer kann die Löschung einer - eventuell auf dem Gebäude lastenden - Hypothek beantragen.

Chi chiede la parola sull'art. 7? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 8

(1) Gli assegnatari ammessi a mutuo o contributo di cui alle lettere E1 ed E2 della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15, e successive modifiche, devono pagare all'atto della stipula del contratto la parte del prezzo di cessione eventualmente non coperta dal mutuo edilizio. L'erogazione del mutuo edilizio ai sensi dell'articolo 8 della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, e successive modifiche, avviene direttamente a favore dell'Istituto a saldo del prezzo di cessione. L'Istituto può rinunciare all'atto della stipula del contratto di compravendita all'iscrizione dell'ipoteca legale a garanzia del prezzo di cessione ancora dovuto, qualora l'assegnatario ammesso al mutuo edilizio produca fideiussione bancaria o polizza fideiussoria per un importo corrispondente al mutuo e per il tempo fino all'erogazione del mutuo all'Istituto. Gli assegnatari ammessi al contributo provinciale di cui alla lettera E3 dell'articolo 2 della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15, e successive modifiche, devono pagare il prezzo di cessione in unica soluzione al momento della stipula del contratto.

-----

(1) Mieter, die im Sinne von Artikel 2, Buchstaben E1 und E2 des Landesgesetzes Nr. 15 vom 20. August 1972, in geltender Fassung, einen Anspruch auf ein Darlehen oder einen Beitrag des Landes Südtirol haben, müssen bei Abschluß des Kaufvertrages den Teil des Abtretungspreises zahlen, der nicht durch das Wohnbaudarlehen gedeckt ist. Die Zahlung des Wohnbaudarlehens im Sinne von Artikel 8 des Landesgesetzes Nr. 4 vom 2. April 1962, in geltender Fassung, wird unmittelbar an das Institut als Saldierung des Abtretungspreises gezahlt. Das Institut kann bei Abschluß des Kaufvertrages auf die Eintragung der gesetzlichen Hypothek als Sicherstellung für den noch geschuldeten Abtretungspreis verzichten, sofern die Person, welche Anspruch auf ein Wohnbaudarlehen hat, eine Bankbürgschaft oder eine - der Darlehenssumme entsprechende und zeitlich bis zur Zahlung des Darlehens begrenzte - Versicherungspolizze vorlegt. Personen, die Anspruch auf einen Beitrag laut Artikel 2, Buchstabe E3 des Landesgesetzes Nr. 15 vom 20. August 1972, in geltender Fassung, haben, müssen den Abtretungspreis bei Vertragsabschluß in einmaliger Zahlung entrichten.

Chi chiede la parola sull'art. 8? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 9

(1) Le somme ricavate dalla cessione degli alloggi a norma della presente legge affluiscono in un conto speciale dell'Istituto e sono destinate per la

costruzione, l'acquisto o il recupero di alloggi ai sensi della lettera A dell'articolo 2 della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15, e successive modifiche, secondo il programma di interventi previsto dall'articolo 4 di detta legge.

-----

(1) Die Erlöse aus den Wohnungen, deren Eigentum im Sinne dieses Gesetzes abgetreten worden ist, fließen auf ein gesondertes Konto des Institutes und sind für die Errichtung, den Ankauf oder die Wiedergewinnung von Wohnungen im Sinne von Artikel 2, Buchstabe A) des Landesgesetzes Nr. 15 vom 20. August 1972, in geltender Fassung, gemäß dem in Artikel 4 des genannten Gesetzes vorgesehenen Einsatzprogramm bestimmt.

Chi chiede la parola sull'art. 9? Nessuno.

Prendo la parola come repubblicano. L'articolo 9 - mi rivolgo all'Assessore - dice che le somme affluiscono in un conto per acquistare, recuperare e costruire. Come però si vede sulla stampa di oggi non ci sono le aree. Noi naturalmente diamo 60 miliardi di cui 20 vanno in banca e continueremo a prendere questi soldi ad impinguare questo enorme conto in buoni del tesoro.

Signor Assessore, in via Resia c'è un'area che non va a toccare i vigneti, dove c'è l'amplificatrice di Stato, il palazzo prima delle cooperative, e mi è stato detto che lì c'è l'area per costruire 120 alloggi popolari già da tre anni. Sciogliamo questo inghippo e diamo l'area per fare questi alloggi. Non vengono toccati i frutteti perché quest'area si trova in via Ortles tra l'amplificatrice di Stato e le cooperative. Dovrebbe venire da se il mettere subito quest'area a disposizione. Le sarei molto grato se mi desse una risposta.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP):** Sie wissen genau, daß wir das Programm, das jüngst beschlossen worden ist, für all jene erstellt, die 25 Punkte und mehr haben und ange sucht haben um eine Institutswohnung, also für diese Bewerber auch in Bozen Wohnungen zu beschaffen und wo rund 1200 Wohnungen, die so programmiert sind, für Bau, Kauf zu beschaffen, davon 615 in Bozen vorgesehen sind, für dieses Programm sind die Flächen gesichert. Das ist nachgewiesen. Was diese Fläche, die Sie erwähnt haben, betrifft, so ist sie bei der letzten Sitzung, anläßlich einer Bauleitpländerung, die zurückreicht auf 1968, die also einige Jahre zurückreicht, weil sie den Bedarf überschritten hatte, ist sie von uns nicht genehmigt worden. Die Gemeinde Bozen hat dann diesen unseren Beschluß angefochten beim Staat und dort hängt er noch immer. Wir haben jüngst, indem wir festgestellt haben, daß der Bedarf gewachsen ist, die Gemeinde Bozen wissen lassen, sie möge diese Fläche vorschlagen, unabhängig vom Ausgang des Streites beim Staatsrat oder auch sonst, sie möge sie neu vorschlagen, damit es als Bauland ausgewiesen werden kann.

**PRESIDENTE:** La ringrazio della risposta.  
Mettiamo in votazione l'art. 9: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 10

(1) La legge provinciale 20 aprile 1963, n. 3, e successive modifiche, concernente la cessione in proprietà degli alloggi popolari, si continua ad applicare agli alloggi già ceduti in proprietà prima dell'entrata in vigore della presente legge e per quelli da cedere in proprietà ai sensi della norma transitoria di cui all'articolo 11 della presente legge.

-----

(1) Das Landesgesetz Nr. 3 vom 20. April 1963, in geltender Fassung, betreffend die Abtretung ins Eigentum der Volkswohnungen wird weiterhin auf Wohnungen angewandt, deren Eigentum bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes abgetreten wurde sowie auf jene, deren Eigentum im Sinne der Übergangsbestimmung gemäß Artikel 11 abgetreten wird.

Chi chiede la parola sull'art. 10? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 11

Norma transitoria

(1) Gli assegnatari di alloggi di proprietà dell'Istituto o della Provincia affidati in gestione all'Istituto, che abbiano presentato regolare domanda di cessione in proprietà ai sensi della legge provinciale 20 aprile 1963, n. 3, rispettivamente ai sensi del D.P.R. 17 gennaio 1959, n. 2, prima del 29 giugno 1977 (data di entrata in vigore della legge provinciale 23 maggio 1977, n. 13) per le quali non sia stato stipulato il relativo contratto di cessione in proprietà, hanno diritto alla cessione dell'alloggio alle seguenti condizioni:

a) le domande devono essere confermate, a pena di decadenza, entro sei mesi dall'entrata in vigore della presente legge;

b) i richiedenti devono essere nel possesso dei requisiti prescritti dall'articolo 4 della legge provinciale 20 aprile 1963, n. 3, al momento della presentazione dell'originaria domanda;

c) le domande di cessione in proprietà non devono avere per oggetto alloggi di cui agli articoli 2 e 3 della legge provinciale 20 aprile 1963, n. 3.

(2) In caso di decesso del richiedente la domanda di cessione in proprietà può essere confermata dal coniuge superstite o dai figli.

(3) Il prezzo di cessione degli alloggi di cui al primo comma è dato dal valore venale degli alloggi stessi al momento dell'entrata in vigore della legge provinciale 23 maggio 1977, n. 13, ridotto del 30%, nonchè di un ulteriore 0,25% per ogni anno di effettiva occupazione dell'alloggio da parte del richiedente fino alla data di entrata in vigore della legge provinciale 23 maggio 1977, n. 13. Il prezzo così determinato è rivalutato in base alla variazione degli indici del costo della vita dal mese di luglio 1977 fino

all'entrata in vigore della presente legge. Il prezzo rivalutato è diminuito della somma dei canoni di locazione pagati dal locatore dal mese di luglio 1977 fino all'atto di cessione.

(4) I richiedenti hanno diritto alla concessione del mutuo o contributo provinciale per l'acquisto dell'alloggio ai sensi delle lettere E1, E2 ed E3 dell'articolo 2 della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15, e successive modifiche, purchè al momento della data di entrata in vigore della presente legge siano in possesso dei requisiti di cui all'articolo 2 della legge provinciale 2 aprile 1962, n. 4, e successive modifiche.

(5) Per la cessione degli alloggi di cui al primo comma si applicano le disposizioni di cui agli articoli 4, 5, 6, 7, 8 e 9 della presente legge in quanto applicabili.

(6) Gli alloggi di cui al primo comma non sono considerati ai fini della determinazione della quota parte del 30% di cui all'articolo 1.

-----

#### Übergangsbestimmung

(1) Personen, denen Wohnungen des Institutes oder des Landes Südtirol, welche vom Institut verwaltet werden, zugewiesen sind, die vor dem 29. Juni 1977 (Tag des Inkrafttretens des Landesgesetzes Nr. 13 vom 23. Mai 1977) ein Ansuchen um Abtretung des Eigentums im Sinne des Landesgesetzes Nr. 3 vom 20. April 1963, in geltender Fassung, bzw. des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 2 vom 17. Jänner 1959, eingereicht haben, und mit welchen der entsprechende Abtretungsvertrag nicht abgeschlossen wurde, haben Anspruch auf die Abtretung der Wohnung, sofern

- a) die Ansuchen innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bestätigt werden, widrigenfalls verfallen sie;
- b) die Antragsteller bei der ersten Vorlage des Ansuchens die von Artikel 4 des Landesgesetzes Nr. 3 vom 20. April 1963 vorgeschriebenen Voraussetzungen hatten;
- c) die Ansuchen um Abtretung des Eigentums nicht Wohnungen im Sinne der Artikel 2 und 3 des Landesgesetzes Nr. 3 vom 20. April 1963 betreffen.

(2) Bei Ableben des Antragstellers kann das Ansuchen um Abtretung des Eigentums vom hinterbliebenen Ehegatten oder von den Kindern bestätigt werden.

(3) Der Abtretungspreis der in Absatz 1 genannten Wohnungen ergibt sich aus dem Marktwert der Wohnungen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Landesgesetzes Nr. 13 vom 23. Mai 1977, vermindert um 30% sowie um weitere 0,25% für jedes Jahr, während welchem der Antragsteller die Wohnung bis zum Tag des Inkrafttretens des Landesgesetzes Nr. 13 vom 23. Mai 1977 tatsächlich besetzt hat. Der auf diese Weise errechnete Preis wird von Juli 1977 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Grund der Änderung der Lebenshaltungskosten aufgewertet. Der aufgewertete Preis wird um die Gesamtsumme der Mieten, die der Mieter von Juli 1977 bis zum Abschluß des Abtretungsvertrages gezahlt hat, vermindert.

(4) Die Antragsteller haben Anspruch auf die Gewährung des Darlehens oder des Beitrages für den Ankauf der Wohnung im Sinne von Artikel 2, Buchstaben E1, E2 und E3, des Landesgesetzes Nr. 15 vom 20. August 1972, in geltender

Fassung, sofern sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes die in Artikel 2 des Landesgesetzes Nr. 4 vom 2. April 1962, in geltender Fassung, erwähnten Voraussetzungen haben.

(5) Auf die Abtretung der in Absatz 1 erwähnten Wohnungen werden, sofern anwendbar, die Artikel 4, 5, 6, 7, 8 und 9 dieses Gesetzes angewandt.

(6) Die in Absatz 1 genannten Wohnungen werden nicht zur Festlegung des 30%igen Kontingentes laut Artikel 1 herangezogen.

Chi chiede la parola sull'art. 11? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 1 astensione.

#### Art. 12

##### Cessione in proprietà di alloggi comunali

(1) I Comuni sono autorizzati a cedere in proprietà agli assegnatari il proprio patrimonio edilizio alle condizioni di cui all'articolo 1.

(2) Il numero degli alloggi per la cui cessione i richiedenti intendono chiedere le agevolazioni edilizie provinciali deve essere annualmente stabilito d'intesa con il CER entro il mese di febbraio.

(3) Alla cessione in proprietà degli alloggi comunali si applicano, in quanto compatibili, gli articoli 2, 3, 4, 6, comma 2, 8, 9, della presente legge.

(4) Agli effetti della domanda per la concessione delle agevolazioni edilizie provinciali il contratto preliminare registrato è sostituito dalla delibera contenente il prezzo definitivo di cessione e dalla delibera di accertamento che il richiedente è in possesso dei requisiti per la cessione in proprietà dell'alloggio comunale.

-----

##### Abtretung des Eigentums an Gemeindewohnungen

(1) Die Gemeinden sind ermächtigt, das Eigentum am eigenen Wohnungsbestand zu den in Artikel 1 genannten Bedingungen an die betroffenen Mieter abzutreten.

(2) Die Anzahl der Wohnungen, deren Eigentum abgetreten wird und für deren Ankauf die entsprechenden Antragsteller um Wohnbauförderungsmaßnahmen ansuchen wollen, muß jährlich innerhalb Februar in Einvernehmen mit dem Wohnbaukomitee festgelegt werden.

(3) Für die Abtretung des Eigentums an Gemeindewohnungen werden, soweit anwendbar, die Artikel 2, 3, 4, 6, Absatz 2, 8 und 9 angewandt.

(4) Bei der Vorlage des Ansuchens um die Gewährung der Wohnbauförderungsmaßnahmen wird der registrierte Vorvertrag durch den Beschluß, mit dem der endgültige Abtretungspreis festgelegt wurde, und durch den Beschluß über die Feststellung, daß der Antragsteller die Voraussetzungen für die Abtretung des Eigentums an der Gemeindewohnung hat, ersetzt.

Chi chiede la parola sull'art. 12? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Dó lettura della clausola d'urgenza, presentata dal consigliere



Franzelin e dall'assessore Benedikter:

"Art. 13

Clausola d'urgenza

(1) La presente legge é dichiarata urgente ai sensi dell'articolo 55 dello Statuto speciale per la Regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

-----  
Dringlichkeitsklausel

(1) Dieses Gesetz wird im Sinne von Artikel 55 des Sonderstatuts für die Region Trentino-Südtirol als dringend erklärt und tritt am Tage nach seiner Kundgebung im Amtsblatt der Region in Kraft."

Chi chiede la parola sull'art. 13? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato con 21 voti favorevoli e 1 astensione.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Consigliere Frasnelli.

**FRASNELLI (SVP):** Mit diesem Gesetzesentwurf erfüllt die Koalition einen wichtigen Punkt ihres Programmes. Mit dieser Maßnahme erhält unsere Politik der Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand der Eigentumsstreuung einen neuen bedeutenden Akzent. Viele Familien fiebern seit Jahren dieser Initiative entgegen, um sich einen lang gehegten Wunsch zu erfüllen, nämlich ein Eigenheim zu besitzen. Dabei werden diese Maßnahmen derart greifen, daß die Funktion des Institutes für geförderten Wohnbau, Heim für die sozial schwächeren Familien in Südtirol zu bleiben, voll erhalten bleibt. Im gesamten also ein Gesetz, das die Grundsätze unserer Politik, nämlich Solidarität auf der einen Seite und Subsidiarität auf der anderen, voll widerspiegelt. Aus diesem klaren erklärten politischen Willen heraus das Ja der SVP-Fraktion zum gegenständlichen Gesetzesentwurf. Danke, Herr Präsident!

**FRANZELIN-WERTH (SVP):** Nur ganz kurz. Ich möchte das unterstreichen, was mein Vorredner gesagt hat und auch bemerken, daß es ein Schritt in die richtige Richtung ist, daß man verstärkt Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand anstrebt, d.h. Wohnungen in Eigentum zu belassen, weil eine Eigentumswohnung den Familien einfach Sicherheit und Ruhe gibt. Man weiß genau, daß wenn die Leute Angst haben, dann rechnen sie, ob sie 5 Lire drüber oder 5 Lire drunter sind, und daß sie sich dann nicht aufraffen, auch das Vermögen des anderen zu achten, weil jeder sagt, das gehört nicht mir. Dann kann man ja auch meinetwegen vom Pustertal nach Bozen telefonieren, daß die Beleuchtung im Hof nicht mehr funktioniert, anstatt es selbst zu tun. Ich glaube, es ist auch das ein Anreiz, daß die Leute wieder selbst aktiv werden. Sie wissen, es gehört mir, dann kann man auch eher mit Hand anlegen, ansonsten ist doch die Mentalität so, es gehört

mir nicht, damit kann ich ja alles so lassen oder überhaupt nicht darauf achten.

Ich glaube, daß es auch dem Land etwas bringt, und zwar nicht nur die Einnahmen aus dem Verkauf dieser Wohnungen, sondern generell auch die Geldmittel, die das Land für die Sanierungen ausgeben müßte, können weitgehend erspart werden, weil die Leute besser auf die Wohnungen schauen.

Ich möchte unterstreichen, daß ich froh bin, daß dieser Gesetzentwurf noch jetzt über die Bühne geht, oder zumindest, daß man das Gesetz anlaufen lassen kann. Ich bin mir bewußt, daß wir über diese Maßnahme nicht das letzte Mal gesprochen haben, d.h. in diesem Hause wird es nicht das letzte Mal sein, daß wir über diese Gesetzesmaßnahme sprechen, denn ich bin der Meinung, daß man wahrscheinlich, wenn man die erste Runde der Anwendung des Gesetzes durch hat, feststellen wird, daß das eine und andere in der Praxis nicht durchführbar ist und dann wird man darangehen müssen, vielleicht diese Fehler zu korrigieren oder Unzulänglichkeiten zu korrigieren. Ich bin aber froh, daß man nun zumindest den Grundsatz eingeführt hat, daß die Institutswohnungen auch verkauft werden können, d.h. daß derjenige, der mit ganz wenig Familieneinkommen die Wohnung erhalten hat, nun die Aussicht hat, in dieser Wohnung zu bleiben und ich bin froh, daß man unserer Wohnbaupolitik in diesem Lande einen weiteren Akzent gegeben hat.

**TRIBUS (AS):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist zwar verständlich, wenn die Kollegin Franzelin und der Kollege Frasnelli das Gesetz über alles loben, weil es tatsächlich der Richtung entspricht, die sie immer vertreten haben, nämlich beizutragen zur Eigentumsbildung für die Arbeitnehmer. Das ist sicherlich richtig. Ich glaube, daß dieses Gesetz auch einen zweiten Sinn und eine zweite Voraussetzung erfüllt, weil es auch dazu dienen soll, vor allem die italienische Sprachgruppe hier in Südtirol heimisch zu machen, zu verwurzeln, weil der Aspekt der Eigentumsbildung bisher wohl bei der deutschsprachigen Bevölkerung sehr großgeschrieben war und auch politisch forciert worden ist, bei der italienischen etwas weniger. Seit 1983 wird auch die italienische Bevölkerung mehr gefördert und das ist eine weitere Forcierung in diese Richtung, die Italiener durch den Besitz in diesem Lande mehr zu verwurzeln.

Ich muß dazusagen, daß unsere Fraktion auch zu diesem Gesetz im wesentlichen eine positive Haltung einnimmt, obwohl wir uns nicht ganz eindeutig dafür aussprechen konnten, weil innerhalb meiner politischen Gruppierung doch gegensätzliche Auffassungen bestanden über den Sinn der Veräußerung des Eigentums des Wohnbauinstitutes. Es gibt hier verschiedene Tendenzen. Es gibt auch z.B. in den Gewerkschaften verschiedene Richtungen. Währenddem z.B. die Gewerkschaft CISL/SGB im wesentlichen eine totale Veräußerung möchte und sagt: "Jeder, der will, soll die Möglichkeit haben, eine Wohnung zu kaufen", weshalb in einer Stellungnahme, die allen Fraktionen zugegangen ist, doch eine eher kritische Haltung zum Gesetz eingenommen wird, weil man eine totale Liberalisierung in dem Sinn oder

eine Abgabe will, äußert sich z.B. als Gegensatz dazu die Gewerkschaft CGIL/AGB ganz negativ und sagt: "...ritiene che non sia opportuno in questa fase di acuta tensione abitativa procedere ad un impoverimento del patrimonio pubblico attraverso vendite che non potrebbero essere compensate da un altrettanto concreto e rapido piano di costruzione di nuovi alloggi" usw. Auch innerhalb der Gewerkschaften gibt es da sehr verschiedene Positionen, von der totalen Liberalisierung zur totalen Sperrung, und deshalb sind wir auch der Meinung, daß dieses Gesetz doch als erster Schritt einen Kompromiß darstellen kann, wenn man sich auf diese 30% geeinigt hat.

Auf der anderen Seite wird dann von bestimmten Interessierten, die sich mit diesem Problem beschäftigen und die auch Interesse daran haben, diese Häuser zu erstehen, auch eine Kritik geäußert, die in der Presse ihren Niederschlag gefunden hat und zwar von der Vereinigung, die "Associazione Provinciale Inquilini" heißt. Diese beklagt, daß auf diese Art, durch das Gesetz, das eigentlich den Italienern auch die Verwurzelung ermöglichen soll, wiederum eine - wie Sie es hier nennen - Diskriminierung der Italiener indirekt eingeführt werden soll und man beklagt auch, daß die Preise, z.B. gemessen an anderen Regionen mit ähnlichen Mechanismen, in Südtirol überverhältnismäßig hoch seien. Ich sagte ja, daß diese Materie auch im gleichen politischen Lager zu völlig konträren Interpretationen und Aussagen geführt hat. Auf der einen Seite verwehrt man sich gegen eine Verschleuderung, zu Recht, denn da kann man gleich darangehen und sagen, wir bauen die Häuser und verschenken sie, dann wäre das Problem radikal gelöst, oder aber man sagt, man versucht nach einem realistischen Kriterium des Einkommens eine Lösung zu finden, die auch den Artikel erfüllen soll, wenn es heißt, daß das, was hereinkommt, als Investition dienen kann für weitere Bauten. Also die Preissituation, die wollte ich nur angedeutet haben.

Was aber auch zu bestimmten Befürchtungen Anlaß gibt ist die Prozedur, die im Art. 2 vorgesehen wird, daß man nicht genau weiß, wie diese Abtretung erfolgen soll. Es heißt im Art. 2, daß das Institut vorrangig Liegenschaften abtritt, für welche alle entsprechenden Mieter oder die Mehrheit derselben um die Abtretung des Eigentums angesucht haben. Dieses Wort "vorrangig" natürlich ist der Rettungsanker, an dem sich viele halten, weil viele Mieter befürchten, daß sie praktisch zwangsdelogiert werden, umgesiedelt, ausgesiedelt, wenn sie aufgrund ihrer finanziellen Situation und Lage nicht imstande sind, die Wohnung zu kaufen. Und wenn sich die Mehrheit des Hauses entschließt, die Wohnung zu kaufen, dann fürchten halt Mieter, die vielleicht älter sind, sich auf dem Wege der Pensionierung befinden oder bereits Pensionisten sind, daß sie dann aufgrund dieser Bestimmung vielleicht im hohen Alter noch in eine andere Wohnung ausgesiedelt werden. Das ist eine Befürchtung und man kann nur hoffen, daß dieses "vorrangig" dann so interpretiert wird, daß man hier zumindest ein bestimmtes Feingefühl walten läßt.

Wie gesagt, die Situation ist nicht so eindeutig, wie man sie vor

hin aufgezeigt hat, es gibt verschiedene Punkte, die nicht so klar sind, aber im großen und ganzen glauben wir, daß es sich um einen Kompromiß handelt, dem man wohlwollend gegenüberstehen kann. Dankeschön!

**KLOTZ (SHB):** Ganz kurz, um zu sagen, daß ich dem Gesetzentwurf zustimmen werde, und zwar nicht, weil er ein wichtiger Punkt des Koalitionsprogrammes ist, sondern weil es eine Maßnahme ist, die tatsächlich vielen Familien zugute kommt und möglicherweise auch älteren Leuten zugute kommt, die doch eine gewisse Sicherheit für den Rest ihres Lebens haben möchten, aber auch für die Kinder, die sie einmal hinterlassen werden.

**BOLOGNINI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - DC):** E' un disegno di legge che porta a conclusione una delle parti interessanti dell'accordo di legislatura. E' un disegno di legge che affronta positivamente un problema da tempo in discussione, quello della cessione in proprietà di alloggi dell'istituto per l'edilizia abitativa agevolata, alloggi sociali dati in locazione. Un disegno di legge che nella sua logica in sostanza si pone in termini sufficientemente attenti e positivi al servizio di un'iniziativa di indubbio interesse. Non voglio soffermarmi su quelle che possono essere le valutazioni fatte da altri colleghi circa la possibilità offerta con questo provvedimento di garantire più o meno radici a cittadini di un gruppo o dell'altro utilizzando quella che è stata la loro presenza in questa nostra comunità all'interno di immobili di proprietà pubblica.

Ho difeso personalmente alcuni dei principi fondamentali di questo disegno di legge, compreso il fatto in particolare, per me essenziale, che il patrimonio dell'I.P.E.A.A. non può essere svenduto e che solo una parte limitata può essere ceduta in proprietà. L'I.P.E.A.A. deve garantirsi una disponibilità residua sufficientemente ampia di alloggi per avere un volano sufficiente per operare una sua costruttiva presenza politica sul territorio in un settore così delicato come quello della corrispondenza al problema del fabbisogno di alloggi da parte di cittadini che ne hanno bisogno. Rimangono peraltro all'interno del disegno di legge alcuni aspetti ed alcune sensazioni di macchinosità che non siamo riusciti a risolvere né in Giunta, quando il disegno di legge è passato, - ed è passato con l'astensione sia del gruppo della DC che del rappresentante del partito socialista italiano - né successivamente. Rimangono perplessità relativamente all'articolo 1 per quanto attiene il prezzo fissato per la cessione in proprietà di questi alloggi. Forse qualche ulteriore passo poteva essere fatto anche in relazione a quella che oggi è la capacità di acquisizione sul libero mercato da parte dell'I.P.E.A.A. di alloggi peraltro di nuova costruzione. Un certo rigore forse eccessivo nel correlarsi a norme legislative vigenti, indubbiamente può appesantire dal nostro punto di vista anche la valutazione che si può dare dell'articolo 1. Una certa macchinosità sembra individuabile anche all'interno

dell'articolo 2 per quanto riguarda la cessione in proprietà di questi alloggi all'interno di edifici che non sono completamente richiesti nella loro totalità da parte degli inquilini abitanti gli alloggi.

Non si è preso in considerazione con l'occasione che secondo me poteva essere possibile, il problema di cittadini residenti, domiciliati all'interno di alloggi I.P.E.A.A. colpiti da sfratto degli stessi alloggi che potevano in qualche modo essere preferenziati all'interno di questa legge, proprio per evitare di porre il problema che in qualche modo poteva essere già risolto per lo meno in sede di prima applicazione della legge stessa. Rimangono ancora alcuni problemi su cui ci siamo scambiati valutazioni politiche con il collega Benedikter, anche per quanto attiene la norma transitoria ed il tipo di interpretazione che si può dare a tale norma in relazione all'antica e non ancora compiutamente definitiva vicenda degli ex titolari di alloggi I.N.C.I.S., sia di coloro che avevano fatto domanda avendone titolo nel periodo di tempo tra il 1973 e il 1977 - data in cui si evidenzia la famosa sentenza della Corte Costituzionale - sia per coloro che utilizzavano alloggi riservati ai militari che avevano presentato sempre nello stesso periodo domanda, sia per coloro che, sempre ex I.N.C.I.S., si trovavano, magari senza aver presentato domanda, all'interno della cosiddetta quota di riserva. Problemi di assoluta delicatezza, attorno a cui tra l'altro, stanno fioccano anche in questi ultimi tempi sentenze della Magistratura ordinaria. Certamente questo articolo 11 del disegno di legge chiude assolutamente la vicenda e gli spazi residui che sotto il profilo politico sono rimasti in piedi. Sono spazi che indubbiamente mi portano a dire con molta franchezza al Consiglio che la possibilità di trovare intese circa l'applicazione di questo articolo 11 sono notevolmente ampie.

Considerazioni quindi certamente di ordine positivo attorno alle finalità della legge, attorno alla struttura diciamo fisiologica della legge stessa. Perplessità per quanto riguarda gli aspetti che potevano essere più opportunamente ed accuratamente definiti, che potevano permettere di risolvere il problema forse in maniera più completa. Da qui una valutazione di attesa perché sarà importante capire come questa legge verrà applicata. Soprattutto con riferimento all'articolo 11 sarà possibile acquisire intese che permetteranno di sbloccare situazioni indubbiamente presenti con molta pressione umana all'interno della nostra gente - prima ne ho fatto cenno -. Per considerazioni di questo genere il gruppo della DC si asterrà, anche se la sua astensione è colorata da queste accentuazioni positive che per obiettività non potevo sottacere.

**PRESIDENTE:** Brevemente, se non altro per ribadire e sentire bene quanto ha affermato questa mattina il Vicepresidente della Giunta provinciale, Dr. Benedikter.

Io avevo detto che questa mattina il giornale "Alto Adige" ha fatto un grosso servizio che ovviamente allarma la popolazione la dove dice che troppi miliardi sono inutilizzati. Lei ha detto che il piano prevede 1200

alloggi, di cui 615 a Bolzano e che le aree sono state già assicurate. Ha detto inoltre di aver invitato il Comune di Bolzano a sospendere il suo ricorso al Consiglio di Stato per rendere ulteriormente disponibile l'area in via Resia, dove c'è l'amplificatrice di Stato, dove ci sarà la possibilità di costruire 120 alloggi. Lei ha detto questo, ed io sono soddisfatto perché questo è tranquillizzante. Voterò a favore di questa legge.

La parola al consigliere Montali.

**MONTALI (MSI-DN):** Io non ripeterò le motivazioni di fondo che il consigliere collega Mitolo ha espresso su questa legge in discussione generale. Sarebbe veramente fuori luogo, tenuto conto che la nostra presenza nella Commissione aveva determinato la presentazione di emendamenti in quella fase della procedura legislativa. In particolare aveva determinato l'approvazione, sia pure per fatti contingenti dell'emendamento Mitolo all'articolo 1, emendamento che poi oggi è naufragato, come era facilmente prevedibile nella discussione in aula.

Non possiamo non nascondere l'assoluta aderenza ai principi che finalizzano questa legge. Vorrei solo ricordare, non per fare il critico ad oltranza, che nella relazione accompagnatoria al bilancio preventivo del 1986, e cioè in dicembre del 1985, il Presidente Magnago aveva dato per scontato già nel 1986, la presentazione di questa legge. Purtroppo sono passati quasi tre anni dalla previsione di Magnago e ci ritroviamo ad un mese dalle elezioni con il famoso disegno di legge sulla vendita e sulla cessione degli alloggi I.P.E.A.A.. Sul principio quindi assoluto assenso. Peraltro si sono determinate nella stesura della legge, talune incongruenze che sono state sottolineate anche da altre parti, e non solo dalle parti notoriamente critiche dell'opposizione, talché sono sorte in noi diverse perplessità proprio circa la possibilità di applicazione di questa legge. Abbiamo sentito, ed abbiamo espresso anche con molta serenità ed obiettività, forse in rappresentanza di interessi specifici, personali, oppure potremmo dire di condominio ed abbiamo letto anche sul giornale lettere di cittadini, riserve, critiche delle organizzazioni sindacali. L'unica cosa che avrei proprio piacere di poter esprimere in dichiarazione di voto è la perplessità che ci è pervenuta relativamente al prezzo, alle modalità di stabilimento dei prezzi che proprio dalla parte che doveva semmai protestare in senso inverso. "E' arrivata all'iniziativa dicendo che la Giunta vuole regalare, ecc. Questa osservazione, il fatto che questa critica venisse dalla C.G.I.L. ci ha impressionato. Ci sono altri che trovano cari i prezzi, e mi pare che una tale critica da parte dei rappresentanti dei lavoratori, devo presumere potenziali acquirenti delle case, mi è sembrata veramente fuori luogo e senza delle basi concrete nemmeno di natura economica.

Nella legge c'è un particolare articolo che personalmente mi è consentito di approvare "toto corde", anche perché è stato proprio da parte mia, quando ero consigliere comunale a Merano, sollevato più di una volta

e risolto in sede comunale meranese: parlo della cessione delle case di proprietà comunale. E' un problema che non riguarderà tutti i 116 Comuni della provincia; mi rendo conto che può darsi che siano uno solo oppure tre, ma per Merano indubbiamente questo è incidente, tanto è vero che il nostro gruppo consiliare già da due anni ha presentato delle mozioni per spingere il Comune ad attuare queste cessioni di cui non vediamo la funzione, stante che esiste un istituto specifico come l'I.P.E.A.A.. Non vediamo la funzione di un Comune proprietario di alloggi che in bilancio registra 315 milioni di incassi per affitti e nello stesso bilancio fa uscire ben 1 miliardo e 200 milioni per la manutenzione di tutto il patrimonio. Una cosa assurda quindi anche sotto il profilo economico. L'articolo 12 di questa legge garantirà ed autorizzerà ufficialmente ed il Comune di Merano attendeva che fosse sancita la legge ancorché noi gli avessimo prodotto in termini propositivi l'articolo 12. Noi guardiamo questo con particolare favore.

Le complessità e le altre perplessità a cui avevo accennato, pur essendo favorevole all'indirizzo e registrando questo ritardo con cui questa legge avveniva ad un mese dalle elezioni, essendo stata preannunciata come fatta tre anni fa, ci lasciano nella posizione già preannunciata dal collega Mitolo di astenerci nel suo complesso.

**SFONDRINI** (Assessore all'industria, formazione professionale e sport - PSI): Io non voglio ripetere le ragioni di astensione che ha già preannunciato il collega Bolognini. Esse permangono nonostante ci sia stato un tentativo, per rimuoverle ed avere quindi il nostro voto favorevole.

Questa legge è comunque importante perché inverte una tendenza che si era creata nel nostro Paese. Fino ad un certo momento è stato sostenuto anche dalle forze sindacali, ed io sono stato un propagandista, il mantenimento della proprietà pubblica ed io mi ero adeguato non soltanto allo spirito della legge nazionale, ma anche ad una tendenza che era sorta nelle forze sociali. Con questo provvedimento non si aliena totalmente il patrimonio ma solamente una sua parte e non si svendono gli alloggi. Credo che bisogna considerare questo e rimanere in una via di mezzo tra coloro i quali pensano di ottenere gli alloggi in svendita e tra coloro i quali invece pensano di realizzare il prezzo pieno di mercato. Quello odierno, soprattutto da noi è molto elevato. Si è trovata una via di mezzo giusta perché questa è proprietà della collettività. Bisogna ricordarsi di questa fatto e non dimenticarlo mai. Gli alloggi I.P.E.A.A., gli alloggi pubblici, sono proprietà della collettività alla quale hanno contribuito in uguale misura tutti i cittadini e soprattutto i lavoratori. Bisogna quindi trovare la via di mezzo che è la più equa. Con questi mezzi si potranno costruire altri alloggi e si potranno costruire anche tramite un certo meccanismo che è stato previsto nella legge.

Mi rendo conto che nascono delle difficoltà in caso di promiscuità della proprietà. Questo meccanismo può essere perverso, per cui se non

tutti sono d'accordo, chi non é d'accordo deve subire un trasferimento. Mi rendo però anche conto che mantenere la promiscuitá di proprietá crea delle enormi difficoltá di gestione. Alla fine non soddisfa né i proprietari privati, né l'ente pubblico con cui devono convivere amministrativamente. Rimangono delle perplessitá sull'articolo della norma transitoria che secondo me é molto difficile da interpretare. Ci sono delle persone che a suo tempo fecero domanda per ottenere l'alloggio di proprietá statale a riscatto - parlo delle I.N.C.I.S. - che invece furono escluse. Questo fatto comportó una lunga vicenda giudiziaria che si é poi conclusa con una sentenza della Corte Costituzionale. Queste persone non sanno se quella sentenza sia applicabile o se si debba sottostare a questa legge. Ci sarebbero da aggiungere altre cose, però posso dire che l'autonomia serva anche a rendere piú agile l'amministrazione, infatti se questa legge nella sua applicazione si dovesse dimostrare macchinosa, ingiusta - perché le ingiustizie verranno fuori con i casi concreti - allora questo significa che noi dovremmo mettere nuovamente mano ad essa per modificarla ed adeguarla a quelle che sono le esigenze generali.

Con questa visione e con questo spirito, noi confermiamo le ragioni dell'astensione in Giunta ed anche in aula manteniamo quest'atteggiamento.

**PRESIDENTE:** Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 23, sí 18, 5 schede bianche. La legge é approvata.

La parola all'assessore Benedikter sull'ordine dei lavori.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP):** Nur um zu beantragen, daß wir heute noch womöglich dasselbe tun, was gestern der Regionalrat getan hat, denn selbstverständlich muß die Autonome Provinz es auch tun, es von sich aus anfechten, also die Anfechtung des jüngsten Staatsgesetzes, womit die sogenannte Koordinierungsbefugnis regelrecht - sie ist ja bereits ausgeübt worden - auch mit Gesetz auf der Verwaltungsebene verankert worden ist. Ich nehme Bezug, was die Dringlichkeit betrifft, auf den Art. 54 des Autonomiestatutes, wo es unter Punkt 7 heißt: "Dem Landesausschuß obliegt im Dringlichkeitsfalle das Ergreifen von Maßnahmen, die in die Zuständigkeit des Landtages fallen. Diese müssen dem Landtag in der ersten darauffolgenden Sitzung zur Ratifizierung vorgelegt werden." Dieser Antrag ist am vergangenen Freitag an den Landtag gelangt, so daß das in der ersten darauffolgenden Sitzung zur Behandlung ansteht, so hat es auch der Verfassungsgerichtshof, er hat diesbezüglich eine gewisse Elastizität walten lassen. Der Verfassungsgerichtshof hätte auf jeden Fall heute noch Zeit, es gemäß Buchstaben des



Autonomiestatutes verfassungsrechtlich rechtzeitig zu ratifizieren.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

Dr. OSKAR PETERLINI

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENT:** Wir haben also den Antrag gehört, nämlich die Anfechtung des Staatsgesetzes Nr. 400 aus dem Jahre 1988 beim Verfassungsgerichtshof anzufechten, bzw. die Ratifizierung vorzunehmen. Dazu verlese ich den Art. 41 der Geschäftsordnung: "Über Angelegenheiten, die in der Tagesordnung nicht verzeichnet sind, darf der Landtag weder verhandeln noch beschließen, es sei denn, er beschließt dies selbst in geheimer Abstimmung und mit Dreiviertelmehrheit der Anwesenden, und zwar nach vorheriger Bekanntgabe des zur Aufnahme vorgeschlagenen Gegenstandes durch den Präsidenten; zudem ist einem der Antragsteller die Möglichkeit zur Erläuterung seines Antrages und einem allfälligen Antragsgegner zur Darlegung seines gegenteiligen Standpunktes bei einer Rededauer von je 5 Minuten zu geben."

Die Erläuterung ist bereits erfolgt, somit stehen nur mehr fünf Minuten für eine Gegendarstellung zur Verfügung.

Das Wort hat Abgeordneter Tribus zur Geschäftsordnung.

**TRIBUS (AS):** Die Erklärung des Landesrates Benedikter war natürlich in seinem Sinne und er hat selbst gesagt, es sei eine elastische Interpretation. Ich widersetze mich nicht gegen die elastische Interpretation, aber trotzdem muß festgehalten werden, Herr Landesrat, daß dieses Anfechtungsansuchen heute früh hier verteilt worden ist und somit ist auf der Tagesordnung gar nichts. Der eine Tag ist natürlich auch schon verstrichen. Deshalb will ich mich in keiner Weise widersetzen, aber der Korrektheit halber muß gesagt werden, daß dieser Antrag auch auf die Tagesordnung muß und dann bin ich einverstanden, daß man darüber abstimmt, ihn dann auch vorzuziehen. Aber die Prozedur muß trotz der Dringlichkeit, die ich verstehe, eingehalten werden.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen also darüber ab, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** Esito della votazione: schede consegnate 21, maggioranza richiesta 17, sí 19, no 1, 1 scheda bianca. Pertanto l'inclusione nell'ordine del giorno é approvata.

La parola al consigliere Frasnelli.

**FRASNELLI (SVP):** Ich danke dem Kollegen Tribus, daß er mir den Artikel genannt hat, nämlich den Art. 102. Im Sinne des Artikels über die Vorverlegung von Argumenten gemäß Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages ersuche ich um Vorziehung dieses nunmehr aufgenommenen Punktes in die Tagesordnung. Danke, Herr Präsident!

**PRESIDENTE:** C'è la richiesta di anticipazione di questa delibera. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 22, sì 18, no 3, 1 scheda nulla. L'anticipazione é approvata.

La parola al consigliere Frasnelli sul Regolamento.

**FRASNELLI (SVP):** Herr Präsident! Ganz kurz nur und dies im Interesse klarer demokratischer Spielregeln, die wir uns in diesem Hause selbst gegeben haben und wirklich alle wachsam sein müssen, daß sie immer beibehalten werden.

Ich gehe davon aus, daß es heute insgesamt einen Konsens bei den Anwesenden gegeben hat, diesen Punkt jetzt vorzulegen, aber ich möchte Sie auf eine Lücke in der Geschäftsordnung hinweisen, und Sie als Vorsitzenden der Geschäftsordnungskommission ersuchen, dies evident und bei der nächsten Sitzung der Geschäftsordnungskommission zu regeln bzw. dies einem zukünftigen Präsidenten zu überantworten.

Der Art. 40 der Geschäftsordnung sagt: "Auf Antrag kann der Landtag durch Erheben der Hand über die Vorverlegung eines Punktes der Tagesordnung beschließen." Dies ist eine allgemeine Norm und gilt in jedem Falle oder in all jenen Fällen, in denen nicht Beschlüßanträge auf der Tagesordnung sind, vor einem allfällig vorzuziehenden Punkt. Das ist der Art. 40.

Wir haben des weiteren den Art. 102, der im letzten Absatz folgendes vorsieht: "Der Landtag kann jedenfalls mit Zweidrittelmehrheit der Anwesenden in geheimer Abstimmung die Behandlung der Gesetze vorziehen", auch wenn Beschlüßanträge auf der Tagesordnung vorweg sind. Das heißt, ausnahmslos Landesgesetze, falls sie dringlich erachtet werden, können gegen das Einvernehmen von Kolleginnen und Kollegen, die Beschlüßanträge auf der Tagesordnung haben, sozusagen vorgezogen werden, und zwar mit einer sehr qualifizierten Mehrheit, wie sie im Art. 102 vorgesehen ist.

Andere Argumente, wie etwa ein Anfechtungsbeschluß, könnten ohne das Einvernehmen von Kolleginnen und Kollegen, die Beschlüßanträge auf der Tagesordnung haben, die vorrangig sind, nicht vorgezogen werden. So weit, so gut, aber wenn wir jetzt eine Maßnahme zu treffen haben, wie eine Anfechtung, die zeitlich terminisiert ist und wir eine Tagesordnung

von 50 Tagesordnungspunkten haben, dann könnte man derartige Termine versäumen, weil aufgrund der Geschäftsordnung usw. dies nicht möglich ist.

Ich ersuche also den Präsidenten und die Geschäftsordnungskommission, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Danke, Herr Präsident!

**PRESIDENTE:** Abbiamo preso atto. Abbiamo una serie di appunti tutti raccolti e nella prossima legislatura li metteremo a posto in un unico Regolamento.

**Corte Costituzionale - Impugnazione della legge 23.8.1988, n. 400, "Disciplina dell'attività di Governo e ordinamento della Presidenza del Consiglio dei Ministri" - conferimento di incarico al Prof. Adv. Rolando Riz e Prof. Adv. Sergio Panunzio.**

**Verfassungsgerichtshof - Anfechtung des Staatsgesetzes Nr. 400 vom 23.8.1988, "Regelung der Regierungstätigkeit und Ordnung des Ministerratspräsidiums" - Auftragserteilung an Prof. Adv. Roland Riz und Prof. Adv. Sergio Panunzio.**

Dó lettura della delibera della Giunta provinciale:

Vista la legge 23.8.1988, n. 400, "Disciplina dell'attività di Governo e ordinamento della Presidenza del Consiglio dei Ministri", pubblicata nel supplemento ordinario alla Gazzetta Ufficiale n. 214 del 12.9.1988;

ritenuto che le disposizioni degli articoli 2, comma 3, cifre d) e p), 12, commi 5, lettera b) e 7; 13, commi 1, lettere b) ed e), e 2; 19, comma 1, lettera p); 24, comma 1, lettera c) della legge precitata violino le competenze della Provincia nelle materie attribuite alla sua potestà legislativa ed amministrativa in quanto:

- a) l'articolo 3, comma 3, dello Statuto speciale demanda alla stessa norma statutaria di determinare le "forme e condizioni particolari di autonomia" attribuite alla Provincia autonoma di Bolzano, con ciò escludendosi che ogni ulteriore limite condizionante l'autonomia stessa possa essere introdotto con legge ordinaria;
- b) le norme dello Statuto speciale, in particolare gli articoli 8 e 9, non riconoscono al Consiglio dei Ministri la potestà di emanare atti di indirizzo e di coordinamento dell'attività amministrativa provinciale;
- c) l'articolo 86 dello Statuto speciale riconosce al Commissario del Governo per la Provincia di Bolzano, in conformità alle direttive del Governo, il coordinamento dello svolgimento delle sole attribuzioni statali nel territorio provinciale, ma non anche di quelle riservate alla potestà della Provincia autonoma, nonché la sola vigilanza sulle funzioni delegate dallo Stato alla Provincia;
- d) lo Statuto speciale, in deroga ai limiti della competenza normativa indicati negli articoli 8 e 9, ha espressamente previsto, con norma di pari rango costituzionale, quando necessari il coordinamento tra funzioni pro-

vinciali e statali in materie tassative e in casi specifici (articolo 11: aziende di credito; articoli 12 e 13; concessioni di grandi derivazioni a scopo idroelettrico e attività dell'ENEL; articolo 14: concessioni in materia di comunicazioni e trasporti, opere idrauliche, utilizzazione delle acque pubbliche; articolo 15: incremento delle attività industriali; articolo 19: ordinamento scolastico; articolo 21: pubblica sicurezza; articolo 78: finanziamento), mediante l'istituto dell'intesa, del parere, o dell'accordo;

- e) l'articolo 98 dello Statuto speciale ha riservato esclusivamente alla Corte Costituzionale il regolamento delle competenze statali e provinciali nell'attività amministrativa, ponendo su un piano paritetico le parti dell'eventuale conflitto, lo Stato e la Provincia, senza riservare ad essi alcuna potestà di coordinamento o indirizzo delle funzioni amministrative per prevenire ipotesi conflittuali;
  - f) l'articolo 107 dello Statuto speciale dispone che le norme di attuazione del medesimo siano emanate mediante decreto legislativo, sentita una speciale commissione paritetica, e non mediante decreti legislativi aventi valore di legge, previo parere della Commissione parlamentare per le questioni regionali come si prevede all'articolo 12, comma 7, dell'impugnanda legge;
  - g) gli articoli 90, 91 e 92 dello Statuto speciale hanno attribuito in via esclusiva ad una autonoma autorità giurisdizionale la potestà di annullare se del caso gli atti amministrativi della Provincia, non riconoscendo alcun potere straordinario in proposito al Consiglio dei Ministri;
- ritenuto pertanto necessario di impugnare le precitate norme innanzi alla Corte Costituzionale, e di avvalersi, stante la prossima scadenza del termine utile del potere di cui all'articolo 54, cifra 7, del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670;

visti gli articoli 98 del D.P.R. n. 670 del 1972, e 31, 34 e 36 della legge 11 marzo 1953, n. 87;

la Giunta provinciale, ad unanimità di voti, legalmente espressi  
delibera

- a) di impugnare innanzi alla Corte Costituzionale gli articoli 2, comma 3, lettere d) e p); 12, commi 5, lettera b) e 7; 13, commi 1, lettere b) ed e), e 2; 19, comma 1, lettera p); 24, comma 1, lettera c) della legge 23.8.1988, n. 400; per violazione degli articoli 3, comma 3; 4; 5; 8; 9; 11; 12; 13; 14; 15; 16, comma 1; 19; 33; 49; 38; 51; 78; 87; 88; 90; 91; 92; 97; 98; 103; 104; 107 dello Statuto speciale di autonomia nel testo approvato con D.P.R. 31.8.1972, n. 670; in relazione agli articoli 5, 6, 116, 125 e 134 della costituzione, e all'accordo Degasperi-Gruber del 5.9.1946; in relazione altresì alle norme di attuazione statutarie in materia;
- b) di affidare la rappresentanza e difesa della Provincia autonoma di Bolzano, nel relativo procedimento, al Prof. Avv. Roland Riz di Bolzano e al Prof. Avv. Sergio Panunzio di Roma, congiuntamente e disgiuntamente, e di eleggere domicilio presso quest'ultimo Studio legale Guarino, in Roma,

Piazza Borghese n. 3;

- c) di autorizzare il Presidente della Giunta provinciale a rilasciare ai sunnominati difensori le occorrenti deleghe;
- d) di trasmettere copia autentica della presente deliberazione al Presidente del Consiglio provinciale, affinché venga sottoposta per la ratifica al Consiglio stesso nella sua prima seduta successiva, ai sensi e per gli effetti di cui all'articolo 54, cifra 7, del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670;
- e) di riservare ad altro provvedimento la liquidazione di un acconto per spese legali in favore dei predetti difensori.

-----

Nach Einsichtnahme in das Gesetz vom 23.8.1988, Nr. 400, "Regelung der Regierungstätigkeit und Ordnung des Ministerratspräsidiums", kundgemacht im ordentlichen Beiblatt zum Gesetzesanzeiger der Republik Nr. 214 vom 12.9.1988;

erachtet, daß die Bestimmungen der Artikel 2, Absatz 3, Buchstabe d) und p), 12, Absatz 5, Buchstabe b), und 7; 13, Absatz 1, Buchstabe b) und e), und 2; 19, Absatz 1, Buchstabe p); 24, Absatz 1, Buchstabe c) des vorgenannten Gesetzes die Zuständigkeiten des Landes auf der im Übertragenen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis verletzen, da:

- a) der Artikel 3, Absatz 3, des Autonomiestatutes überträgt demselben Autonomiestatut eine nach Art und Inhalt besondere Autonomie für die Provinz Bozen festzulegen, womit jedwede andere Autonomieeinschränkung mittels einfachem Staatsgesetz ausgeschlossen wird;
- b) die Bestimmungen des Autonomiestatutes, insbesondere die Artikel 8 und 9 sehen für den Ministerrat keine Befugnis vor, richtungsweisende- und Koordinierungsakte für die Verwaltungstätigkeit der Provinz zu erlassen;
- c) der Artikel 86 des Autonomiestatutes sieht für den Regierungskommissär für die Provinz Bozen, die Koordinierung der Abwicklung nur für die staatlichen Zuständigkeiten in der Provinz im Einklang mit den Weisungen der Regierung vor, nicht aber für jene, die der Zuständigkeit des Landes vorbehalten sind, sowie nur die Überwachung der vom Staat an die Provinz übertragenen Funktionen;
- d) das Autonomiestatut sieht in Abweichung zu den in den Artikeln 8 und 9 angegebenen Grenzen der Gesetzgebungsbefugnis mit Bestimmung vom gleichen verfassungsmäßigen Rang ausdrücklich vor, wann anhand von Einigung, Gutachten oder Übereinkommen die Koordinierung zwischen staatlicher Tätigkeit und jener der Provinz in taxativ angegebenen Materien und spezifischen Fällen notwendig ist (Artikel 11: Kreditanstalten; Artikel 12 und 13: Konzessionen für große Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie der N.K.E. (ENEL); Artikel 14: Konzessionen auf dem Gebiet des Kommunikations- und Transportwesens, Wasserbauten, Nutzung öffentlicher Gewässer; Artikel 15: Förderung der Industrie; Artikel 19: Schulordnung; Artikel 21: öffentliche Sicherheit; Artikel 78: Finanzierung);
- e) der Artikel 98 des Autonomiestatutes hat ausschließlich dem Verfassungsgerichtshof die Regelung der Zuständigkeit des Staates und der Provinz

auf dem Gebiet der Verwaltung zuerkannt, wobei im Falle eines eventuellen Konfliktes sich die Parteien Staat und Provinz auf gleichem Rang befinden, ohne diesen irgendeine Befugnis zur Koordinierung oder Richtungsweisung hinsichtlich der Verwaltungstätigkeit einzuräumen, um eventuellen Konflikten vorzubeugen;

- f) der Artikel 107 des Autonomiestatutes bestimmt, daß die Durchführungsbestimmungen zum Statut mit gesetzvertretendem Dekret nach Anhören einer eigenen paritätischen Kommission erlassen werden und nicht wie im angefochtenen Gesetz mit Artikel 12, Absatz 7, vorgesehen, anhand von Gesetzesdekreten mit Gesetzeskraft nach Einholen des Gutachtens der parlamentarischen Kommission für Regionalangelegenheiten;
- g) die Artikel 90, 91 und 92 des Autonomiestatutes haben ausschließlich einer autonomen Gerichtsbehörde die Befugnis übertragen, sofern notwendig, Verwaltungsakte der Provinz zu annullieren, ohne daß diesbezüglich eine außerordentliche Befugnis dem Ministerrat zuerkannt wurde;

für notwendig erachtet, die oben erwähnten Bestimmungen vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten und aufgrund des baldigen Verfalles des Termins sich der Befugnis laut Artikel 54, Ziffer 7, des D.P.R. 31.8.1972, Nr. 670, zu bedienen;

nach Einsichtnahme in die Artikel 98 des D.P.R. Nr. 670 von 1972 und 31, 34 und 36 des Gesetzes vom 11.3.1953, Nr. 87,

beschließt

der Landesausschuß mit Stimmeneinhelligkeit und in gesetzlicher Form:

- a) vor dem Verfassungsgerichtshof die Artikel 2, Absatz 3, Buchstabe d) und p); 12, Absätze 5, Buchstabe b) und 7; 13, Absätze 1, Buchstabe b) und e), und 2; 19, Absatz 1, Buchstabe p); 24, Absatz 1, Buchstabe c) des Gesetzes vom 23.8.1988, Nr. 400, wegen Verletzung der Artikel 3, Absatz 3; 4; 5; 8; 9; 11; 12; 13; 14; 15; 16, Absatz 1; 19; 33; 49; 38; 51; 78; 87; 88; 90; 91; 92; 97; 98; 103; 104; 107 des Autonomiestatutes in dem mit D.P.R. 31.8.1972 genehmigten Text; in bezug auf die Artikel 5, 6, 116, 125 und 134 der Verfassung und des Gruber-Degasperi Abkommens vom 5.9.1946; in bezug auf die auf diesem Gebiet erlassenen Durchführungsbestimmungen anzufechten;
- b) mit der Vertretung und Verteidigung der Autonomen Provinz Bozen im entsprechenden Verfahren Prof. Adv. Roland Riz aus Bozen und Prof. Adv. Sergio Panunzio aus Rom, einzeln und zusammen, zu betrauen und das Domizil bei denselben in Rom, Piazza Borghese 3, zu erwählen;
- c) den Landeshauptmann zu ermächtigen, den obgenannten Verteidigern die notwendigen Vollmachten zu erteilen;
- d) eine beglaubigte Ablichtung des gegenständlichen Beschlusses an den Präsidenten des Südtiroler Landtages zu übermitteln, damit dieser in der ersten darauffolgenden Sitzung dem Landtag zur Ratifizierung im Sinne und für die Wirkungen des Artikels 54, Ziffer 7, des D.P.R. Nr. 670 vom 31.8.1972, vorgelegt wird;
- e) einem späteren Beschluß die Liquidierung einer Akontozahlung zu Gunsten vorgenannter Verteidiger vorzubehalten.

## La parola all'assessore Benedikter per la lettura della relazione accompagnatoria.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP):  
Im ordentlichen Beiblatt des Gesetzesanzeigers Nr. 214 vom 12.9.1988 wurde das Gesetz Nr. 400 vom 23.8.1988 betreffend "Regelung der Regierungstätigkeit und Ordnung des Ministerratspräsidiums" kundgemacht.

Die neue Regelung und insbesondere der Artikel 2 Absatz 3, Buchstabe d) sieht für den Ministerrat die Befugnis vor, Ausrichtungs- und Koordinierungsakte nicht nur für die Regionen mit Normalstatut, sondern auch für jene mit Sonderstatut und spezifisch auch für die autonomen Provinzen Bozen und Trient zu erlassen.

Die Bestimmung fügt hinzu, daß besagte Befugnis "unter Beachtung der statutarischen Bestimmungen" wahrgenommen werden muß. Dieser Hinweis ist nicht dazu angetan, die Ungesetzlichkeit dieser Befugnis aus der Welt zu schaffen, - gegen die sich unsere autonome Provinz immer und überall ausgesprochen hat, - da der Regierung die Wahrnehmung dieser Befugnis auch gegenüber den beiden autonomen Provinzen zuerkannt wird.

Der Artikel 3, Absatz 3, des Autonomiestatuts behält es diesem - und somit einer Bestimmung von Verfassungsrang - vor, eine nach Art und Inhalt besondere Autonomie für diese Provinz festzulegen; hiermit muß jede andere Autonomieeinschränkung mittels einfachen Staatsgesetzes ausgeschlossen werden.

Die Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt, die mit den Artikeln 8, 9 und 16 des Autonomiestatuts - und auch auf der Grundlage des Artikels 4 desselben - der Autonomen Provinz Bozen übertragen wurde, stützt sich auf das De Gasperi-Gruber-Abkommen vom 5.9.1946 (Pariser Vertrag). Laut Artikel 2 dieses Vertrages wird der Bevölkerung der Provinz Bozen "die Ausübung einer autonomen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt für den Bereich ihrer Gebiete zuerkannt. Der Rahmen, in welchem die besagte Autonomie Anwendung findet, wird noch bestimmt, wobei auch örtliche Vertreter der deutschsprachigen Bevölkerung zu Rate gezogen werden."

Die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis der Regierung in bezug auf die autonome Provinz Bozen läßt sich schlecht mit der autonomen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt in Einklang bringen, die dieser aufgrund des obgenannten internationalen Vertrages zuerkannt wurde.

Dasselbe Autonomiestatut hat in verschiedenen Bestimmungen und für spezifische Bereiche (Artikel 11, 12, 13, 14, 15, 19, 21 und 78) festgelegt, wann für die koordinierte Abwicklung von Verwaltungstätigkeiten des Landes oder des Staates in ein und demselben Bereich eigene "Abkommen", "Gutachten" oder "Einvernehmen" zwischen den beiden Körperschaften nötig sind.

Es ist unserer Auffassung nach undenkbar, daß es dem Ministerrat freistehen soll, über eine ausdrückliche statutarische Bestimmung hinaus in Sachgebieten, in denen das Land gesetzgeberische Zuständigkeit hat, in dessen Verwaltungstätigkeit einzugreifen, und sei es nur über Ausrichtungs- und

Koordinierungsakte.

Sollte es sich als notwendig erweisen, in einem bestimmten Sachgebiet die Zuständigkeitsbereiche in bezug auf die Befugnisse des Staates bzw. des Landes abzugrenzen, so ist zu beachten, daß das Statut die Durchführungsbestimmung (Artikel 107) als einziges dazu geeignetes legislatives Instrument anerkennt; darüber hat jedoch die eigens dazu eingesetzte paritätische Kommission zu entscheiden, während der parlamentarische Ausschuß für regionale Angelegenheiten, auf welchen das anzufechtende Gesetz im Artikel 12 ausdrücklich Bezug nimmt, in diesem Zusammenhang keinerlei Einfluß ausüben kann. Eine Bestätigung dieses Sachverhalts beinhaltet der Artikel 33 des Sonderstatuts, der im Absatz 3 vorsieht, daß die Auflösung des Regionalrats durch ein begründetes Dekret des Präsidenten der Republik nach vorhergehendem Beschluß des Ministerrates und nach Einholen der Stellungnahme des erwähnten parlamentarischen Ausschusses für regionale Angelegenheiten verfügt wird.

Der Artikel 98 des Statuts hat außerdem für den Fall, daß Streitfragen auftreten sollten, die Regelung der Zuständigkeiten des Staates und des Landes hinsichtlich der Verwaltungstätigkeit ausschließlich dem Verfassungsgerichtshof übertragen; dabei wurde dem Staat oder dem Land keinerlei Koordinierungs- oder Ausrichtungsbefugnis hinsichtlich der Verwaltungsfunktionen zwecks Vorbeugung gegen einschlägige Konflikte zuerkannt.

Gleichermaßen autonomiewidrig ist die der Regierung übertragene außerordentliche Befugnis, die für ungesetzlich befundenen Verwaltungsakte der autonomen Provinz zu annullieren (Artikel 3, Absatz 3, Buchstabe p) des Gesetzes Nr. 400/1988). Dies weil die autonome Wahrnehmung einer Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis auf keinen Fall mit einer untergeordneten Position des Landes gegenüber der Zentralregierung zu vereinbaren wäre und weil überdies das Sonderstatut für die autonome Provinz Bozen die Annullierung der für ungesetzlich befundenen Verwaltungsakte des Landes ausschließlich einer autonomen richterlichen Behörde, der autonomen Sektion Bozen des Regionalen Verwaltungsgerichts überantwortet hat.

Dies sind die Hauptgründe für den Entschluß der Landesregierung, den Verfassungsgerichtshof mit der Rechtmäßigkeitsfrage bezüglich Artikel 2, Absatz 3, Buchstabe d) und p) des Gesetzes Nr. 400 vom 23.8.1988 zu befassen; gleichzeitig stützt sich auf diese Argumente auch die Anfechtung der weiteren angeführten Bestimmungen, die mit der praktischen Ausübung der Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis sowie mit der außerordentlichen Annullierungsbefugnis folgerichtig verknüpft sind, deren Rechtmäßigkeit wir von Grund auf bestreiten.

Der Südtiroler Landtag wird daher den Beschluß der Landesregierung Nr. 6268 vom 3.10.1988 sicherlich ratifizieren.

-----

Nel supplemento ordinario alla Gazzetta Ufficiale n. 214 del 12.9.1988, é pubblicata la legge 23.8.1988, n. 400, concernente "disciplina dell'attività di Governo e ordinamento della Presidenza del Consiglio dei Ministri".



La nuova normativa, in particolare l'articolo 2, comma 3, lettera d), riconosce il potere al Consiglio dei Ministri di emanare atti di indirizzo e di coordinamento dell'attività amministrativa non solo delle regioni a Statuto ordinario, ma anche di quelle a Statuto speciale e specificatamente anche delle Province autonome di Bolzano e di Trento.

La norma aggiunge che siffatto potere debba essere esercitato "nel rispetto delle disposizioni statutarie". Tale precisazione non elimina in radice l'illegittimità di siffatta potestà, che questa Provincia autonoma ha sempre contestato in ogni sede, riconoscendone l'esercizio del relativo potere governativo anche nei confronti delle due province autonome.

L'articolo 3, comma 3, dello Statuto speciale riserva allo stesso, e quindi a una norma di rango costituzionale, di determinare "le forme e condizioni particolari di autonomia" attribuite a questa Provincia; con ciò si deve escludere che ogni ulteriore limite condizionante l'autonomia medesima possa essere introdotto con legge ordinaria.

Il potere legislativo ed esecutivo attribuito alla Provincia autonoma di Bolzano con gli articoli 8, 9 e 16 dello Statuto speciale, e che si collegano all'articolo 4 dello stesso, si basa sull'accordo Degasperri-Gruber del 5.9.1946 (accordo di Parigi). Secondo l'articolo 2 di questo accordo "alle popolazioni della provincia di Bolzano sarà concesso l'esercizio di un potere legislativo ed esecutivo autonomo nell'ambito delle zone stesse. Il quadro nel quale detta autonomia sarà applicata sarà determinato consultando anche elementi locali rappresentanti la popolazione di lingua tedesca". Il potere di indirizzo e di coordinamento del Governo centrale male si concilia nei confronti della Provincia autonoma di Bolzano con il potere legislativo ed esecutivo autonomo ad essa attribuito sulla base del predetto accordo internazionale.

Lo stesso Statuto in varie disposizioni e per specifiche materie (articoli 11, 12, 13, 14, 15, 19, 21 e 78) ha stabilito quando per il coordinato svolgimento di attività amministrative provinciali o statali in una stessa materia occorrono, tra i due enti, specifici "accordi", "pareri" o "interesse". E' un'ulteriore affermazione che non è pensabile, al di là di una espressa norma statutaria, che il Consiglio dei Ministri possa ulteriormente intervenire, sia pure con atti di indirizzo e coordinamento, sullo svolgimento dell'attività amministrativa provinciale, nelle materie di sua competenza legislativa.

Se poi si rendesse necessario di delimitare le sfere di competenza, in uno specifico settore, tra attribuzioni dello Stato e attribuzioni della Provincia, va ulteriormente considerato che lo strumento legislativo idoneo riconosciuto dallo Statuto speciale è esclusivamente a norma di attuazione (articolo 107) sulla quale deve esprimersi la speciale commissione paritetica, né alcuna interferenza a tale riguardo può avere la Commissione parlamentare per le questioni regionali, cui l'impugnanda legge fa espresso riferimento all'articolo 12. Ciò trova conferma nell'articolo 33, comma 3, dello Statuto speciale, secondo il quale lo scioglimento del Consiglio regionale è disposto con decreto motivato del Presidente della Repubblica, previa deli

berazione del Consiglio dei Ministri, sentita la predetta Commissione parlamentare.

L'articolo 98 dello Statuto ha riservato, inoltre esclusivamente alla Corte Costituzionale il regolamento delle competenze statali e provinciali nell'attività amministrativa ogni qualvolta si verificano delle ipotesi di conflittualità, senza riconoscere allo Stato o alla Provincia alcuna potestà di coordinamento o indirizzo delle funzioni amministrative stesse per prevenire ipotesi conflittuali.

Parimenti lesivo dell'autonomia provinciale è il potere straordinario riconosciuto al Governo di annullare gli atti amministrativi della Provincia ritenuti illegittimi (articolo 3, comma 3, lettera p) della legge n. 400/1988).

Ciò in quanto, nell'esercizio autonomo di una potestà legislativa e amministrativa, non può esservi mai una posizione di subordinazione della Provincia al Governo centrale, ed inoltre lo Statuto speciale di autonomia ha demandato in via esclusiva ad una autonoma autorità giurisdizionale, la sezione autonoma di Bolzano del TAR, di annullare gli atti amministrativi provinciali ritenuti illegittimi.

Queste sono le ragioni principali che hanno indotto la Giunta provinciale ad investire la Corte Costituzionale della questione di legittimità dell'articolo 2, comma 3, lettere d) e p) della legge 23.8.1988, n. 400, e che sorreggono anche l'impugnativa delle ulteriori disposizioni indicate, che sono consequenziali nel dare attuazione pratica al potere di indirizzo e di coordinamento e di annullamento straordinario, la cui legittimità si contesta in radice.

Si confida pertanto che codesto On.le Consiglio provinciale vorrà ratificare la deliberazione della Giunta provinciale n. 6268 del 3.10.1988.

**PRESIDENTE:** E' aperta la discussione. Chi chiede la parola? Consigliere signora Klotz.

**KLOTZ (SHB):** Herr Präsident! Zuerst etwas zur Vorgangsweise. Wir haben uns zu Beginn dieser Legislatur darauf geeinigt, daß alle Gesetzestexte und auch die Beschlüsse auch in deutscher Sprache verlesen werden. Selbstverständlich hätte das auch in diesem Zusammenhang getan werden müssen, aber weil es so schnell schnell gegangen ist und man hier vielleicht...

Herr Präsident! Ich möchte schon ein bißchen mehr Aufmerksamkeit.

Weil man vielleicht in diesem Fall eine kleine Ausnahme machen kann, habe ich mich nicht dagegen verwehrt oder nicht dagegen protestiert, aber ich möchte, daß festgehalten ist, daß das kein Präzedenzfall sein darf, sondern daß nach wie vor gilt, daß auch die Beschlüsse, so wie die Gesetzestexte, in deutscher Sprache verlesen gehören.

Zum Beschluß selber, zum Inhalt desselben muß ich sagen, daß es fast müßig ist, das zu wiederholen, was wir gestern anläßlich der Behandlung derselben Materie im Regionalrat bereits getan haben. Ich kann nur

das wiederholen, was ich gestern gesagt habe, aber um das Ganze vielleicht noch auf die Schwere hin ein wenig zu konzentrieren, möchte ich nur noch einmal den Art. 33 unseres Autonomiestatutes vorlesen und daran die Frage knüpfen, ob denn nicht auch eine ähnliche Behandlung oder eine ähnliche Regelung für das Parlament in Rom gilt, das in diesem Zusammenhang anscheinend in seiner Mehrheit nicht weiß, was die Verfassung vorschreibt, was Verfassungsgesetze sind und was nicht.

Dieser Art. 33 besagt folgendes, ich zitiere wörtlich: "Der Regionalrat kann aufgelöst werden, wenn er verfassungswidrige Handlungen oder schwere Gesetzesverletzungen begeht, oder wenn er den Regionalausschuß oder dessen Präsidenten, die solche Handlungen oder Gesetzesverletzungen begangen haben, nicht ersetzt." In diesem Fall also würde der Regionalrat und würde der Landtag aufgelöst, wenn er gesetzeswidrige Handlungen begeht. Hat denn das Parlament in seiner Mehrheit nicht grundlegend verfassungswidrige Handlungen begangen in diesem Zusammenhang? Auch diese Frage wäre einmal aufzuwerfen. Selbstverständlich bin ich für die Anfechtung dieses Gesetzes, das am 23. August im Parlament verabschiedet worden ist, weil ich der Meinung bin, auch wenn das geschehen sollte, was Landesrat Benedikter befürchtet, daß der Verfassungsgerichtshof eher die Gesetze des Parlamentes bestätigt als die Position des Landes, aber dann muß man wirklich offen sagen, daß hier die Rechtsstaatlichkeit auf den Kopf gestellt wird, denn es wird eine Maßnahme sanktioniert, die von vorneherein auch verfassungswidrig gewesen ist. Und dann darf Italien den Vorwurf nicht mehr von sich weisen, daß es selbst nicht mehr weiß, was seine Verfassung besagt, oder daß es ganz einfach mit voller Absicht eine Verfassungswidrigkeit begeht.

**PRESIDENTE:** Signor Vicepresidente, egregi colleghi. Ieri in Consiglio regionale ho espresso il mio punto di vista. Oggi voterò contro perché non si può pensare salvaguardando i diritti dell'autonomia come ieri ha detto l'assessore Ferretti in veste di consigliere regionale. Non capisco perché si voglia negare allo Stato un diritto di coordinamento di Presidenza che sarà un coordinamento concertato con gli attuali responsabili dell'autonomia ai vertici. Non penso che sarà un coordinamento, come elenca l'assessore Benedikter, per uccidere l'autonomia. Saranno degli accordi per salvaguardare questi diritti e questi impegni. Ho sempre detto che quando ci si impegna in qualche cosa bisogna mantenere la parola.

Veniamo al punto. Assessore Benedikter, io sono anche soddisfatto, ed in ultima analisi voto contro, del fatto che anche la Provincia ricorra, perché così facendo toglie a Lei ed al suo collega Zingerle il grosso cavallo di battaglia. Non avrà più da mettere "anti pacchetto" per questo coordinamento, perché quando si da un giudizio "all'alta Corte", si deve avere il buon senso di non parlare più di quell'argomento fino a che non ci sarà la risposta che sarà negativa o positiva. Sarebbe troppo comodo investire l'alta Corte, proprio con la vostra maggioranza, e poi correre

per le valli e dire "no al pacchetto" per questa paura di accentramento della legge n. 400. Nell'amarezza di vedere questa maggioranza che propone questo ricorso, avrò la soddisfazione di non sentirla più, per rispetto all'alta Corte Costituzionale, e mettere in campo in quei tredici punti che Lei sbandiera in quel libretto che dicono abbia addirittura mandato nelle scuole. Meno male che questi ragazzi sono minorenni e non votano, ma ad un bel momento se per tradurlo in lingua italiana mi dicono con i soldi del Consiglio regionale - e questo è un appunto - Assessore, Lei che è così rigoroso nelle spese, e gliene do atto, non doveva farsi pagare la traduzione in lingua italiana dalla Regione, ma doveva farlo con i suoi soldi, come candidato di opposizione, all'interno della SVP.

C'è da prendere atto che Lei non potrà più dare giudizi che lo Stato La vuole mangiare attraverso la legge n. 400. Avremo una campagna elettorale tranquilla in questo settore. Coloro che tratteranno la quietanza liberatoria non avranno più questa "zappa" tra i piedi in quanto tutto questo argomento dovrà essere rimesso alla Corte Costituzionale che se Le darà ragione, accetterò anch'io le conclusioni della massima Corte. Questa per il sottoscritto è una magra consolazione perché il principio di negare allo Stato questo diritto è contrastante. Lei sa che la Commissione bicamerale presieduta dall'On.le Barbera si è pronunciata molto attivamente in favore delle Regioni. Sa che i Presidenti nostri colleghi si sono lamentati di un tentativo di accentramento da parte dello Stato ecc., sollevazione non solamente della Provincia autonoma ma anche della Lombardia, del Lazio e della Sardegna. Lei sa questo in quanto ha partecipato a questi convegni, ma un conto è l'accentramento di determinate competenze per far sì che le Regioni diventino solo ed esclusivamente un fatto di spesa e non di programmazione ed un altro è negare allo Stato in una serena trattativa - perché quando Lei andrà con i suoi colleghi, se sarà ancora Vicepresidente della Giunta, ed io per la verità mi auguro di no signor Vicepresidente, io mi auguro che diventi al massimo Assessore, perché con Magnago che non candida, la vecchia guardia si deve anche ritirare dal vertice perché non possiamo avere per 60 anni sempre con lo stesso Assessore. Mi dia la gioia di cambiare almeno competenza e di passare almeno all'assessorato per l'agricoltura che ha lasciato libero l'assessore Durnwalder.

Detto questo penso che quando Lei con altri - e chi ha detto che non ci possa essere anch'io al Suo fianco se verrà riportato in quest'aula - tratterà con il governo il rispetto delle competenze dell'autonomia, andremo tutti insieme a difendere la nostra autonomia. Oggi però, proporre in un clima elettorale questo ricorso, l'ho già detto ieri in Consiglio regionale, porta un po' una divisione. Se però Lei dice di aver affidato tutto alla Corte Costituzionale a nome della Giunta, non parliamo più di questo pericolo ed attendiamo sereni il giudizio della Corte Costituzionale, fra tanti danni se ne fa uno un po' meno grave in quanto viene tolto un argomento di punta per il duo Benedikter-Zingerle per far sì che non arrivi al rilascio della quietanza liberatoria. Non so bene

quello che Lei ha in mente, perché, il fatto che Lei faccia l'estremista é un gioco delle parti nell'ambito della SVP per togliere voti al consigliere signora Klotz, e questo lo posso anche capire...

**KLOTZ (SHB):** (Unterbricht)

**FERRETTI (DC):** Se il consigliere signora Klotz dice di no, devi crederle.

**BOESSO (Presidente - PRI):** Io in questo caso, con questo clima elettorale non credo né al consigliere signora Klotz, né a Benedikter. Che faccia questa sceneggiata! In clima elettorale se ne fanno tante, e si può fare anche questa! Era però molto meglio come ho già detto ieri in Consiglio regionale, ritirare questa delibera e rimandarla a tempi migliori. Comunque se Lei la voterà insieme a tutti i suoi colleghi, é come se fosse ritirata, perché dormirà per due o tre anni nei cassetti della nostra Corte suprema.

**TRIBUS (AS):** Nur um zu erklären, daß unsere Fraktion diesem Antrag zustimmt, wie wir gestern einem analogen Antrag in der Region zugestimmt haben.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP):** Ich möchte nicht das wiederholen, was ich gestern im Regionalrat gesagt habe, ich möchte nur auf ein paar Punkte eingehen, aber nicht auf die geschmacklosen Bemerkungen des Präsidenten Boesso.

Erstens möchte ich feststellen, wir müssen - die Regionen im allgemeinen und wir im besonderen, die Autonome Provinz Bozen -, bevor sie etwa auf internationaler Ebene Klage führen, bevor etwa eine Klage vorgebracht wird von Österreich beim internationalen Gerichtshof, müssen die internen Rechtsmittel ausschöpfen. Dazu gehört die Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof, das ist einwandfrei, auch wenn, wie Ihr ja wißt, wir haben mindestens 30 Urteile des Verfassungsgerichtshofes angefochten gegenüber den Normalregionen von 1978 und was uns betrifft seit 1982, mindestens 30 Urteile, wo die Koordinierungsbefugnis bekräftigt wird, so daß ich gestern sagen mußte, ich nehme nicht an, daß der Verfassungsgerichtshof uns recht gibt. Es wäre mir sehr recht, wenn das - dann müßte allerdings der Verfassungsgerichtshof eine Rechtssprechung seit Anfang der 70er Jahre mit 30 Urteilen gegen uns widerrufen -, aber wenn das käme würde ich das selbstverständlich sehr begrüßen. Aber Tatsache ist, daß man schon von ständiger Rechtssprechung des Verfassungsgerichtshofes reden kann. Wie gesagt, ich habe daran erinnert, derselbe Verfassungsgerichtshof, der durch den Verfassungsrichter Paladin vertreten ist, hat er gesagt in einer großen Tagung, die in der Verfassung nicht ersichtlich ist, "non riscontrabile nella costituzione" und wir haben große Schwierigkeiten, sie zu rechtfertigen. Sie haben es dann gerechtfertigt, noch

und noch, und hat gesagt - vielleicht ist das interessant -, anderswo, wenn man das Gefühl hat, Italien braucht so etwas, Italien kann sich nicht 20 Millionen mit echter Autonomiegesetzgebung leisten, weil es wird ein Chaos und auf die Weise bringen wir nicht Italien, besonders Süditalien auf die europäische Höhe. Paladin hat gesagt, anderswo würde man eine Verfassungsänderung vornehmen und gut, das ist alles in Ordnung. Er hat gesagt, in Deutschland ist das Grundgesetz von 1948 fünfmal geändert worden, in Jugoslawien ist die Verfassung 30 Mal geändert worden, in der Sowjetunion...

**ABGEORDNETER:** In Frankreich häufiger.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP):** In Frankreich weiß ich nicht. Er hat jedenfalls Deutschland, Jugoslawien und die Sowjetunion erwähnt, er hat gesagt, dann sollte man das ändern und nicht hineininterpretieren, wenn man glaubt es ist notwendig, so wie höchstwahrscheinlich in den Vereinigten Staaten. Ich habe Gelegenheit gehabt, in Kalifornien mit den "Governor" zu reden; Kalifornien hat 100.000 Quadratmeter mehr als Italien, ist ein Gliedstaat der Vereinigten Staaten und würde sich nicht träumen lassen, daß dort etwa noch einmal 20 autonome Regionen geschaffen werden. Aber bitte, dann soll man die Verfassung ändern und da wird man sehen, was uns gegenüber herauskommt, aber nicht hineininterpretieren. Das ist eine Mentalität, die eben sonst auf der Welt nicht gerade angewendet wird.

Ich möchte noch sagen - vielleicht ist das auch interessant -, unsere Abgeordneten haben im Parlament bei diesem Gesetz, wie dieser Artikel, diese Ausdehnung auf die Regionen mit Spezialstatut und auf die Provinzen ist am 21. Juli 1988 erst erfolgt, also erst jüngst erfolgt und ist dann vom Senat genehmigt worden und die Kammer hat das alles, was der Senat geändert hatte, genehmigt, damit das Gesetz noch vor den sogenannten Ferien in Kraft treten kann. Dort hat der Abgeordnete Willeit zweimal gesagt: "E' nostra ferma convinzione, che con questo indirizzo si finisca per svuotare di qualsiasi contenuto e significato l'autonomia speciale", und in der Stimmabgabeerklärung ebenso: "C'è il pericolo che in futuro non esista podestà legislativa autonoma, c'è il pericolo che in futuro non esista podestà amministrativa autonoma attribuita ad enti deciffrati". Sie haben einen Abänderungsantrag eingebracht, Caveri, Loi, Willeit, Benedikter Hans, Ebner, Columbu, Austaner, also haben die Spezialregionen einen Abänderungsantrag eingebracht, um das abzuschaffen, aber er ist abgewiesen worden, selbstverständlich. Aber sie haben auch erklärt, daß damit die Autonomie, eine echte Autonomie abgeschaffen wird. Dieser Ansicht ist auch das Völkerrechtinstitut von Washington. Wir erfüllen, glaube ich, damit nur unsere Pflicht, die Autonomie zu verteidigen, indem auch das letzte Rechtsmittel ausgeschöpft wird, und dann eventuell sollte der Verfassungsgerichtshof bei seiner Rechtssprechung bleiben, um dann auf internationaler Ebene zu handeln.

**PRESIDENTE:** Mettiamo in votazione la delibera: approvata con 18 voti favorevoli e 2 voti contrari. La delibera della Giunta provinciale é approvata.

Passiamo all'ordine del giorno. Consigliere Frasnelli, qui c'è una questione tecnica da fare, é il consuntivo del 1987. Io penso che sarebbe bene fare quello, il punto 49) dell'ordine del giorno: "Consuntivo del 1987".

La parola al consigliere Frasnelli sull'ordine dei lavori.

**FRASNELLI (SVP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte vorhin die Gelegenheit, mich mit den hier anwesenden Mitgliedern der Landesregierung zu beraten und als Ergebnis dieser Beratungen erlaube ich mir jetzt, den Tagesordnungspunkt 16 vorziehen zu lassen, wiederum gemäß Art. 102 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages. Was die Abschlußrechnung anbelangt glaube ich, wäre es richtig, wenn man sich noch entschließen würde, diese unmittelbar nach Behandlung des Tagesordnungspunktes 16 vielleicht zu behandeln. Aber ich habe, wie gesagt, Rücksprache gehalten bei den hier anwesenden Mitgliedern der Landesregierung und das war die klare Orientierung.

Deswegen ersuche ich um Abstimmung über die Vorziehung des Tagesordnungspunktes 16, gemäß Geschäftsordnung. Danke, Herr Präsident!

**PRESIDENTE:** Allora mettiamo in votazione l'anticipazione del punto 16) dell'ordine del giorno. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 23 maggioranza richiesta 16, sí 14, no 8, 1 scheda bianca. Non é stata raggiunta la maggioranza, quindi l'anticipazione é respinta.

La parola al consigliere Frasnelli sull'ordine dei lavori.

**FRASNELLI (SVP):** Angesichts des Ausganges dieser Sitzung ersuche ich, die heutige Landtagssitzung zu beenden. Die Landesregierung wird ersucht, am Montag - anläßlich ihrer Sitzung - dem Südtiroler Landtag eine klare Prioritätenliste vorzulegen, dann hat es wieder einen Sinn mit den Arbeiten fortzufahren. Danke, Herr Präsident!

**PRESIDENTE:** E' un saggio consiglio che accolgo. Chiudo la seduta e ci troviamo martedì.

La seduta é tolta.

ORE 12.33 UHR

S E D U T A 270. S I T Z U N G

7.10.1988

Sono intervenuti i seguenti Consiglieri:  
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Frasnelli (3,25,34,47)  
Benedikter (13,18,21,32,45)  
Tribus (14,26,33,45)  
Franzelin-Werth (18,25)  
Boesso (21,29,43)  
Klotz (28,42)  
Bolognini (28)  
Montali (30)  
Sfondrini (31)  
Peterlini (33).